# Alhambra Zeitung

Januar '08

# alhambra
## - grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

**Hermannstraße 83 26135 Oldenburg**
**Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489**
**e-mail: alhambra@alhambra.de**
**www.alhambra.de**

**Spendenkonto:**
**LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397**

# zeitung
## -unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

**Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.** V.i.S.d.P.: F. Kischer

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

# I n h a l t

**Editorial** 1
**Kurzmeldungen** 2

**Schwerpunkt: 25 Jahre ALSO**
**Eindrücke vom Symposium** 6
**Ein-Euro-Jobs: Hausarbeit als dritter Arbeitsmarkt** 7
**Über Kurz oder lang – er geht kaputt, der Kapitalismus!?** 9
**Bedingungsloses Grundeinkommen als soziale Perspektive** 13
**25 Jahre Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg** 14
**„Zahltag!" für die Kölner ARGE** 19
**Schluss mit den ARGEn Schikanen!** 21

**Soziale Kämpfe**
**Aneignung als Begriff und Praxis** 22
**Überflüssige ehren Wirtschaftsvertreter** 25

**Antirassismus**
**Von rumänischen und römischen Roma** 27

**Antifaschismus**
**Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern!** 34

**Politische Gefangene in der Türkei / Kurdistan**
**Infoveranstaltung zu Geschichte und aktueller Situation**

Menschenrechte und Türkei scheinen zwei unvereinbare Größen zu sein. Die Situation politischer Gefangener in der Türkei und Kurdistan ist seit Jahrzehnten von Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. Im Visier der staatlichen Repression sind dabei vor allem politisch Aktive in den kurdischen Gebieten, sowie Mitglieder sozialkritischer Bewegungen. Ausgehend vom Militärputsch 1980 werden zwei Referentinnen von ICAD (International Comitee against Disappearances) die Entwicklung der staatlichen Repression auf politisch Aktive nachzeichnen. Dabei werden sie auch auf die derzeit in Istanbul laufenden Prozesse gegen systemkritische Journalistinnen eingehen, die sie als Teil einer Prozessbeobachtungsgruppe besuchten.

**Mittwoch, 23. Januar 08**
**19.00 Uhr, Alhambra**

# Editorial

Die ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) hat Geburtstag! 25 Jahre Kämpfe gegen die Schikanen der Behörden und für Selbstbestimmung trotz (oder gar wegen?) Arbeitslosigkeit. Deswegen war für uns klar, dass wir diese Ausgabe unseren GenossInnen aus der ALSO widmen. Sie haben anlässlich ihres 25jährigen Jubiläums ein Symposium an der Uni zur Frage „wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert" durchgeführt, mit dessen Inhalten wir uns im Schwerpunkt auseinandersetzen.

In dem Artikel „Aneignung als Begriff und Praxis" versucht die Gruppe FelS aus Berlin den Begriff der Aneignung neu zu füllen als ein Konzept aus dem sich (auch neue) politische Praxis ableiten lässt. Es geht darum Aneignung als selbstbewusstem Widerstand gegen den Kapitalismus umzusetzen und sich von Bettelei um die Teilhabe an Reichtum zu distanzieren. Aneignung beinhaltet nach ihrer Definition vor allem linksradikale Aktionen, die trotz ihrer Radikalität vermittelbar bleiben. Außerdem wird versucht einen erweiterten Aneignungsbegriff zu fassen, der ein Bindeglied zwischen Antifa- und Antira-Arbeit bildet.

Die Überflüssigen in Oldenburg machten in den letzten beiden Monaten durch mehrere Aktionen auf sich aufmerksam. Daher widmet sich neben zwei Kurzmeldungen über die Aktionen der Artikel „Überflüssige ehren Wirtschaftsvertreter" dem unerwarteten Erscheinen von einigen maskierten Überflüssigen bei der Wirtschaftsmesse Nordwest in der Weser-Ems-Halle, die sich selbstbewusst das Rederecht erteilten. Dies stieß natürlich nicht nur auf Zustimmung bei Podiumsgästen und ZuschauerInnen.

Die ersten Abschiebungen innerhalb der EU, pogromähnliche Zustände in Italien und die im Herzen des rumänischen Nationalismus wütende ‚Zigeuner'feindlichkeit nimmt sich der Artikel „Von rumänischen und römischen Roma" zum Anlass, sich ausführlich mit der Situation der Roma in den beiden Ländern auseinanderzusetzen. Hintergrund ist auch, dass dieses Thema in den Mainstreammedien kaum und in linken Medien fast gar nicht zur Sprache kam.

Zum bundesweiten Aktionstag gegen in Italien verurteilte Kriegsverbrecher mobilsierte der Bremer Arbeitskreis „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern". Er setzt sich schon länger vor allem mit den Geschichten der in Bremen ansässigen NS-Kriegsverbrechern auseinander. Einer von ihnen – Max Josef Milde – wird nach wie vor in der lokalen Presse als ein zu Unrecht verurteilter dargestellt. In der zweiten Pressemitteilung des Arbeitskreises wird die revisionistische Sichtweise historisch widerlegt.

**Ausverkauf des AStA an der TU-Berlin**

***Berlin*** Im Juni wählten 16% der TU-Studierenden (doppelt soviel wie sonst) ihre VertreterInnen für das StuPa (StudentInnen-Parlament). Bis heute wird das amtliche Wahlergebnis nicht bekannt gegeben und es kann keine StuPa-Sitzung stattfinden. Ohne diese kann auch kein neuer AStA gewählt werden, welcher das Tagesgeschäft für das StuPa erledigt.

Schuld an der Verschleppung des Wahlergebnisses ist der studentische Wahlvorstand, der die Amtszeit des abgewählten AStA künstlich verlängern will, indem die Wahl nicht anerkannt wird. Der bisherige AStA bestand aus dem CDU-nahen RCDS und unabhängigen Listen. In der letzten Zeit und noch nach der nicht anerkannten Abwahl wurde gegen die Interessen der Studierendenschaft gearbeitet und es wurde die seit 20 Jahren aufgebauten AStA-Strukturen demontiert: Die AStA-Druckerei wurde unter Wert verkauft, Beratungsangebote eingestellt, ein Drittel des Studierenden-Haushalts für Anwaltskosten ausgegeben (u.a. für die Klage gegen die Wahl Anerkennung) und der Umzug des AStA aus der Villa BEL in viel kleinere Kellerräume veranlasst. Auf politischer Ebene war nichts vom TU-AStA zu bemerken, da RCDS die Position vertritt AStA-Arbeit im Allgemeinen soll sich nur auf Hochschularbeit konzentrieren (Wie diese Konzentration nach ihrer Meinung aussieht wurde oben ja kurz angerissen).

RCDS-Gruppen sind übrigens in an Unis in der ganzen BRD zu finden.
weitere Infos: www.breilibue.org

**Ein Video soll AfrikanerInnen abschrecken**

***Bern*** Es regnet in Strömen. Menschen aus Afrika schlafen unter Brücken, flüchten vor der Polizei und fristen ein Dasein als Bettler. Dieses negative Schweiz-Bild vermittelt ein Video, das zurzeit in Kamerun und Nigeria im TV läuft. Das Video soll AfrikanerInnen davon abhalten, auszuwandern. Auftraggeber ist das Bundesamt für Migration. Die Botschaft des knapp zwei Minuten dauernden Spots ist deutlich. Sie lautet: bleibt zu Hause, Europa ist nicht der Kontinent, wo Milch und Honig fließen.

Die Wohnung ist behaglich. Ein älterer Afrikaner sitzt im Lehnstuhl. Das Telefon klingelt. Am andern Ende ist sein Sohn. Dieser hastet in eine öffentliche Telefonkabine. Er lebt seit Kurzem in der Schweiz. Es ist kalt und nass. „Hast Du eine Unterkunft gefunden?", fragt der Vater. „Ja bei Freunden", antwortet der Sohn. Gleichzeitig werden Bilder von einem Schlaflager unter einer Brücke eingeblendet. „Klappt es mit dem Studium?", so der Vater weiter. „Natürlich, ich habe mich an der Uni eingeschrieben", lügt der Sohn. Die Bilder zeigen ihn, wie er am Strassenrand bettelt und vor der Polizei flüchtet. Dem Sohn geht es nicht gut in der Schweiz. Seine Träume haben sich nicht erfüllt. „Glauben Sie nicht alles, was Sie hören. Weggehen bedeutet nicht immer ein besseres Leben", mahnt der Abspann des Videos.

Das Video ist Teil einer Kampagne, zu der auch Aufklärungsbroschüren gehören. Die Kampagne dient dazu den Kampf gegen Migration auszuweiten. Nachdem in den letzten Jahren schon die Ankunftsländer, die Migrationswege und die Transitländer mit einem systematischen Netz der Ausgrenzung, Abschreckung, Entrechtung und der militärischen Fluchtabwehr überzogen wurden, soll nun schon ‚präventiv' in den Herkunftsländer den Menschen der Mut genommen werden. Die Kampagne läuft zurzeit in Kamerun und in Nigeria. Mit andern Staaten – wie mit dem Kongo – laufen laut dem Sprecher des schweizerischen Bundesamtes für Migration zurzeit Gespräche.

**Ethnische Konflikte in Belgien**

***Brüssel*** Belgien, das Herzstück der EU, hat seit Juli 2007 keine Regierung mehr. Grund sind die Uneinigkeiten zwischen den flämischen und wallonischen Parteien. Die Flamen pochen auf mehr Autonomie für die Regionen. Die Wallonen sind dagegen, weil dadurch das Wohlstandsgefälle in Belgien noch größer werden könnte.

Unabhängig vom Ausgang des Konflikts wird am Beispiel Belgiens der Einfluss einer ethnisierenden Politik deutlich. So sind in Belgien seit den 1970er Jahren alle führenden Parteien nach Sprachzugehörigkeiten gespalten. Das betrifft

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

nicht nur die Konservativen, deren Interessenskonflikt jedoch hauptverantwortlich für die derzeitige Krise ist, auch die Sozialdemokraten und Grünen haben getrennte flämische und wallonische Parteien, die jeweils nur immer ihrer jeweiligen Klientel verantwortlich sind. Nur kleine linke Parteien haben sich dieser ethnisierenden Logik nicht gebeugt, sind aber weitgehend einflusslos.

Gerade an der belgischen Geschichte zeigt sich deutlich, wie die Streitereien um Sprachen und vermeintlich ethnische Benachteiligungen im Kern ökonomischer Natur sind. Nach der Staatsgründung Belgiens 1830 war Flandern der ärmere Landesteil. Französisch wurde Amtssprache, das Flämische als minderwertiger Dialekt verachtet. Im Lauf des 20. Jahrhunderts gelang es den Flamen, die volle Gleichberechtigung ihrer Sprache durchzusetzen. Seit den sechziger Jahren ist Flandern auch wirtschaftlich der stärkere Landesteil.

So wurde die Wallonie von der Krise in der Stahlindustrie schwer gebeutelt und hat seit Jahren mit einer Arbeitslosenquote von 15 bis 20 Prozent und entsprechender Armut zu kämpfen. Dagegen zählen die Flamen, nicht zuletzt wegen der riesigen Häfen in Antwerpen und Zeebrügge, zu den „Gewinnern der Globalisierung" und kontrollieren mittlerweile alle wichtigen belgischen Industriezweige und Unternehmen. Damit hat die flämische Bewegung eigentlich die Ziele, mit denen sie vor mehr als 160 Jahren antrat, durchgesetzt: Ihr ging es damals um die sprachliche Gleichberechtigung und um die Gleichberechtigung der flämischen Nation gegenüber dem in der Gründungsphase wirtschaftlich überlegenen mit Frankreich verbundenen Wallonien.

**Überflüssige gegen das rassistische Gutscheinsystem**

*Oldenburg* Am Freitag, den 17.11 kamen einige Menschen zusammen, um gegen das rassistische Gutscheinsystem im Allgemeinen und insbesondere das durch die Stadt Oldenburg betriebene zu protestieren. Neben vielen anderen wie z.B. Arbeitslosen, Kranken, Behinderten oder kritisch Denkenden sind auch MigrantInnen im Kapitalismus überflüssig. Gerade Flüchtlinge sind in Deutschland ganz besonders harten Bedingungen ausgesetzt: So führt zum Beispiel der Zwang zum Wohnen in Lagern, wenig Kohle (im optimalen Falle 70% der eines Sozialhilfeempfängers) und dann noch die teilweise Auszahlung dieser in sogenannten „Wertgutscheinen" -das alles wohlgemerkt unter der ständigen Angst, abgeschoben zu werden- neben einer beschissenen materiellen Situation auch zu sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung. Deswegen statteten am 17.11. etwa 20 AktivistInnen einer Combi-, sowie einer Koopmann-Filiale in Oldenburg einen Besuch ab. Hierbei wurden Flyer verteilt, Diskussionen mit den Einkaufenden geführt und versucht, diese zum Umtausch der Wertmarken in Bargeld zu bewegen. Die Resonanz von Seiten der KundInnen war bis auf wenige Ausnahmen positiv. Lediglich der Filialleiter des Combis schien etwas verärgert und rief schlussendlich die Polizei; als diese eintraf waren die AktivistInnen jedoch nicht mehr vor Ort. Auch einige Überflüssige waren mit von der Partie. Diese wiesen unter Anderem auch auf den Zusammenhang der Kämpfe von MigrantInnen mit denen anderer Marginalisierter und der Notwendigkeit, sich gegen das System zu stellen, dass Menschen überflüssig macht. Stattdessen plädierten sie dafür, dieses System überflüssig zu machen und forderten dementsprechend die Abschaffung des Kapitalismus und des rassistischen Gutscheinsystems.

**Betreutes Pinkeln ist überflüssig**

*Oldenburg* Als ebenso überflüssig deklarierten die Überflüssigen die Bezahltoiletten an der Helene-Lange-Schule (HLS) in Oldenburg, vielen besser bekannt als IGS Marschweg. Dort wurden Anfang des Schuljahres Ein-Euro-JobberInnen angestellt, die 5 Cent für die Toilettennutzung kassieren sollen. Die Überflüssigen richteten sich gegen das Prinzip der Bezahltoiletten, dessen Einführung damit begründet wurde, dass die Wertschätzung der SchülerInnen für die Sauberkeit steigen würde, wenn sie dafür bezahlten. Nicht einverstanden mit dieser‚Logik' sind die Überflüssigen, die aber diesen Schritt in der gesamt-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

en Entwicklung an der IGS einordnen. So sind alle Errungenschaften der ehemaligen Reformschule heute im Abbau begriffen und werden nach und nach durch neoliberale oder autoritäre Konzepte ersetzt. Das Mitbestimmungsrecht ist stark eingeschränkt worden, alternative Unterrichtskonzepte oder Inhalte stark beschnitten. Dass das ehemals kritisch ausgerichtete politische Profil der Schule heutzutage eher ein durchschnittlich angepasstes ist, drückt sich auch in der Tatsache aus, dass die Schule auf das entwürdigende System der Ein-Euro-Jobs zurückgreift. Die konkreten Ein-Euro-JobberInnen in der HLS sind zwar tendenziell selber der Verstellung verfallen, dass ein Ein-Euro-Jobs ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt darstellt, nahmen die beiden Blumensträuße und die Pralinen trotzdem mit Interesse entgegen. Auch viele SchülerInnen begegneten der Aktion mit großer Neugier, obwohl (oder auch weil?) einige LehrerInnen und der Schulleiter aggressiv und beinahe übergriffig reagierten.

**Antifaschist von Nazi erstochen**

*Madrid* Am 11.11.07 erstach ein 24jähriger Berufssoldat in der Madrider U-Bahn den 16jährigen Carlos Javier Palomono. Dieser war mit einer Gruppe Jugendlicher unterwegs zu Protesten gegen einen Aufmarsch der Jugendorganistation der rechtsextremen Partei „Democracia Nacional" unter dem Motto „gegen antispanischen Rassismus und gegen Einwanderung". Vier weitere Antifas wurden bei dem Angriff mehrerer Neonazis in der Metro-Station zum Teil schwer verletzt. Als Antwort den Mord sowie auf die zunehmende rechtsextreme Gewalt in Spanien kam es unter dem Motto „Keine Aggression ohne Antwort" zu Riots und Demonstrationen in Madrid, Barcelona und weiteren spanischen Städten. U.a. in Berlin, Hamburg, Lüneburg und Bochum fanden solidarische Trauerdemos statt.

**1000 Autonome vertreiben Nazis**

*Prag* Am 10.11.07 versuchten 400 Nazis einem Aufruf der Organisation „Junge Nationaldemokraten" zu folgen um gegen die Präsenz tschechischer Truppen im Irak zu demonstrieren und so im jüdischen Viertel in Prag einen Aufmarsch durchzuführen. Diese Durchführung wurde erfolgreich verhindert durch mehr als 2000 GegendemonstrantInnen von denen etwa 1000 noch mehr als Präsenz zeigten: Zusätzlich zur Blockierung des gesamten jüdischen Viertels wurde auch nach Auflösung der Nazidemo den sich in Grüppchen bewegenden Faschos konsequent zugesetzt und sich auch nicht von den anwesenden 1500 PolizistInnen daran gehindert. Die Antifademonstration war die größte seit mehr als zehn Jahren in Tschechien und ihr in Organisiertheit und Ortskenntnis der tschechischen Antifa begründeter Erfolg macht einer beteiligten Jugendorganisation zufolge „Hoffnung für eine Bewegung, die in Stagnation geraten schien".

**5000 gegen Überwachung, Sicherheitswahn und §129a**

*Hamburg* Am Samstag, den 15.12.07 fand in Hamburg eine Antirepressionsdemo, für die bundesweit mobilisiert wurde, statt. Der Anlass dafür waren der §129a, der besonders in diesem Jahr vermehrt zur Anwendung gekommen ist, sowie das im Januar 2008 in Kraft tretende Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Die Demoroute sollte vom Schanzenviertel bis zur Innenstadt verlaufen. Allerdings sprach die Polizei schon im Vorfeld ein Verbot der Meinungsäußerung im Bereich der Innenstadt aus.

Der lange Demonstrationszug bestand aus einem großen, kraftvollen schwarzen Block, kreativen Aktionen (z.B."Un schuldsengel",Weihnachtsmänner mit der Aufschrift „Terror ist in", „Senioren für Deeskalation", eine Gruppe von Menschen mit silbernen Pappschildern) und der hedonistischen Internationalen. Außerdem wendeten einige Hundert DemonstrantInnen das Konzept „Out of Control" an, das darauf abzielt den auf Demonstrationen inzwischen üblichen Wanderkessel zu umgehen und Raum außerhalb des Spaliers zu schaffen.

Von Beginn wurde der Demozug ständig von der Polizei auf schikanöse Weise gestoppt, so dass in drei Stunden nur ein knapper Kilometer zurückgelegt wurde. Die Demoleitung löste die Demo

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

daher kurz vor Erreichen der Innenstadt auf, woraufhin sich eine große Zahl von Demonstrierenden eigenständig auf den Weg in die Innenstadt, Reeperbahn und Schanzenviertel machte und dort ihren Protest in von WeihnachtseinkäuferInnen belebte Straßen verlagerte. Auch wenn in der Innenstadt zahlreiche Platzverweise verhängt wurden, erreichten hunderte DemonstrantInnen die auf mehreren Plätzen errichteten Weihnachtsmärkte, um dort wie aus dem Nichts auftauchend aus allen Richtungen Parolen rufend das weihnachtliche Konsumtreiben aufzumischen.

Im Laufe des Tages ist es zu über 100 Ingewahrsamnahmen und mindestens 25 Festnahmen gekommen. Außerdem wurden einige Personen bei Polizeiübergriffen verletzt. So wurde unter anderem ein iranischer Journalist, der gegen die Polizeigewalt aufbegehrte, so verprügelt, dass sein rechtes Ohr taub ist.

### Das zarte Pflänzchen möge gedeihen

***Hamburg*** Gleich zwei Brandanschläge ereigneten sich in Hamburg in der Woche vor der Antirepressionsdemo am 15.12.07 innerhalb von nur zweieinhalb Stunden: Drei Bundeswehr-Fahrzeuge gingen in Flammen auf und Unbekannte verübten einen Anschlag auf ein Telefonunternehmen, das sich damit brüstet, als Spezialist ein neuartiges Telefonsystem für forensische Einrichtungen und Gefängnisse entwickelt zu haben. Inzwischen gehören nach Firmenangaben 70 Knäste zu ihren Kunden. Eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit wurde gegen die Doppelverglasung des Sitzes der „Telio Communication" geworfen.

Unterdessen wurde ein Bekennerschreiben zu dem in der Nacht auf den 10.12.07 verübten Anschlag auf Heino Vahldieck, Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes veröffentlicht. Unterschrieben ist es mit „Kontrollverlust". Der Hintergrund des Anschlags seien die Verfahren im Zusammenhang mit Paragraf 129a, Bildung einer terroristischen Vereinigung, so die VerfasserInnen. „Damit das zarte Pflänzchen Militanz weiter gedeihen möge, haben auch wir den Arsch hochgekriegt und sind zur Tat geschritten", heißt es. In dem Schreiben wird außerdem zur Antirepressions-Demonstration am 15.12. in Hamburg aufgerufen.

Im Frühjahr hatte die Bundesanwaltschaft nach mehreren Brandstiftungen in Hamburg ein Verfahren nach dem Terror-Paragrafen 129a Strafgesetzbuch gegen Menschen aus Hamburg und Bremen eingeleitet. „Die vermehrten Angriffe auf das Wasserturmhotel in Hamburg, die Aktion gegen den frisch ernannten Arbeitsminister Scholz (Anm.: Scholz Wohnhaus wurde am 22.11.07 mit Steinen und mit Farbe gefüllten Flaschen attackiert) zeigen", heißt es weiter, „dass trotz hohem Repressionsdruck einiges möglich ist und der Kampf weiter geht".

### Demo gegen den niedersächsischen Abschiebeknast

***Langenhagen*** Am 8.12.07 wurde in Langenhagen bei Hannover gegen den dort direkt an der Rollbahn des Flughafens liegenden Abschiebeknast und gegen die Migrationspolitik der EU eine Demo abgehalten.

Zurerst zog die Demo mit etwa 200-300 Leuten lautstark durch das Zentrum von Langenhagen. Später ging es dann vom Flughafen weiter Richtung Abschiebegefängnis. Dort wurden solidarische Grußworte in mehreren Sprachen an die Insassen ausgesprochen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

# Eindrücke vom Symposium

„ALSO goes Wissenschaft“: Dieser Untertitel war nicht nur als Ortsbeschreibung gedacht (das Symposium fand in der Uni statt) sondern sollte programmatisch sein. Die Frage, „wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert“, stand im Mittelpunkt: Erwerbslosigkeit geht eben nicht nur die vermeintlich direkt Betroffenen an, sondern verändert die gesellschaftlichen Beziehungen insgesamt. Die ALSO äußerte dabei die Hoffnung, „die Wissenschaft könne ihre gesellschaftliche Verantwortung für ‚die soziale Frage‘ noch engagierter wahrnehmen.“ Bleibt zu fragen, ob das angesichts der zunehmenden Vertreibung gesellschaftskritischer Wissenschaft aus den Universitäten mehr als ein frommer Wunsch bleibt. Die Ökonomisierung des Lehrbetriebs und eine zunehmend an den Verwertungsinteressen der Wirtschaft ausgerichtete Forschung macht es oppositionellen Positionen zum Mainstream immer schwerer. Das macht die ohnehin schon seltene Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen nicht gerade einfacher.

Dirk Lange, Professor und neuer Star der Politikdidaktik an der Carl von Ossietzky Universität, gab jedenfalls wenig Anlass zur Annahme, Universität könne ein Ort zur Kritik sozialer und politischer Verhältnisse sein. In seinem Grußwort lobte er die ALSO als Aktivbürger innerhalb einer (grundsätzlich funktionierenden) Demokratie, als engagierten Akteur politischer Bildung. Dieses Engagement in Sachen Partizipation und Intervention sei beispielhaft und zeige, dass sich „mündige“ Bürger eben nicht alles gefallen lassen müssten, sondern selbst Inititative ergreifen könnten. Wie weit das an der Lebens- und Arbeitsperspektive der ALSO vorbeigeht, haben wir dann nicht mehr gefragt...

Weniger affirmativ war im Anschluss allerdings Harald Büsing von der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften: Angesichts hoher Produktivität und gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit müsse das bestehende Lohnarbeitssystem grundsätzlich verändert werden. Da Erwerbslosigkeit in einer auf Erwerbsarbeit fundierten Gesellschaft strukturelle Auschlüsse hervorbringe, müsse eben über neue Konsum- und Produktionsmodelle nachgedacht werden, und nicht der Druck auf die Arbeitslosen erhöht werden.

Es ist eben nicht nur die Wissenschaftlichkeit, sondern vor allem die richtige Positionierung, die darüber entscheidet, ob jemand etwas sinnvolles oder sinnentleertes sagt. Dies brachte eine von der ALSO eingeladene ‚Akademikerin‘ auf den Punkt: „Wer hat Ihnen denn dieses Märchen von der ‚unvoreingenommenen Wissenschaft‘ erzählt? Ich will nicht zu weit ausholen, aber seit der Entdeckung und Entwicklung der Quantenphysik in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts weiß man, dass der Standpunkt der Beobachtenden entscheidend dafür ist, ob etwas als Teilchen oder als Welle interpretiert wird. Es gibt keine ‚wertfreie‘ und ‚allgemein objektive‘ Wissenschaft, sondern immer mehrere Objektivitäten, die immer von der eigenen Beobachtungsposition abhängen. Deshalb ist es so wichtig, diese genau zu benennen.“ (Irina Vellay) So wurde im Verlaufe des Symposiums deutlich, dass es durchaus noch parteiische Wissenschaft gibt, die Positionen beziehen und mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten (wollen). Bezeichnend für die Gewerkschaftsseite war, dass, obwohl sie eingeladen wurden, kein einziger offizieller Vertreter auftauchte – die hatten wohl allesamt ‚besseres‘ zu tun. Einige Ehrenamtliche waren allerdings da. Ansonsten war die Beteiligung aber für uns überraschenderweise sehr gut. Knapp 80 Leute hörten sich die Vorträge an.

Eingeleitet wurde das Symposium von einem Vortrag über die Geschichte der ALSO, eine gekürzte Fassung des Vortrags findet ihr ab Seite 14. Es folgten zwei Beiträge zu den Auswirkungen der Sozialreformen. Ausgehend von ihrer täglichen Beratungsarbeit in der ALSO stellten die beiden Referenten Erfahrungen mit der ARGE Oldenburg vor und diskutierten daran die Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Verfassung. So stellten sie zum Beispiel heraus, dass die Vermittlungsquote der ARGE in den letzten Jahren zwar – glaubt mensch den offiziellen Statistiken – konstant geblieben ist, aber gleichzeitig heute 90 % der scheinbar in den Arbeitsmarkt vermittelten Menschen in Wirklichkeit zu Zwangsarbeit in Form von Ein-Euro-Jobs verpflichtet wurden. Ein anderen Punkt war, dass die ARGEn gar nicht mehr versuchen Arebitssuchende zu vermitteln. Stattdessen wendet die ARGE all ihre Arebitszeit auf, um LeistungsempfängerInnen Fehlverhalten nachzuweisen um so Leistungen einbehalten zu können.

Im Anschluss daran stellte Irina Vellay ihre Studie „Ein-Euro-Jobs: Hausarbeit als dritter Arbeitsmarkt“ vor, ab Seite 7 fassen wir ihre Thesen und Argumente zusammen. Den ersten Abendvortrag hielt Robert Kurz zu „Kapitalistischer Krisenentwicklung und Perspektiven der sozialen Bewegung“. Da wir mit seinen Thesen überhaupt nicht einverstanden waren, setzen wir uns ab Seite 9 mit ihnen auseinander. Zur Primetime stellte Karl Reitter sein Konzept zum bedingungslosen Grundeinkommen vor, auf Seite 13 stellen wir seinen Vortrag dar.

Am folgenden Tag veranstaltete die ALSO einen ‚Tag der offenen Tür‘, an dem wir leider nicht teilnehmen konnten.

Eure Alhambra-Redaktion

# Ein-Euro-Jobs: Hausarbeit als dritter Arbeitsmarkt

Irina Vellay und ihre Forschungsgruppe aus Dortmund, die selbst von den Schikanen der ARGE betroffen und gleichzeitig ausgebildete AkademikerInnen sind, haben eine Studie zur Entwicklung des workfare states erarbeitet. Workfare state wird als Gegensatz zu welfare state (Wohlfahrtsstaat) verwendet und bezeichnet das herrschende neoliberale Modell. Grundprinzip: statt ‚soziale Hängematten' aufzuspannen, sollen die Leute zum Arbeiten gezwungen werden. Irina Vellay sieht die Ein-Euro-Jobs als zentrales Instrument für die Entwicklung des workfare states. Mit der überspitzten Formulierung, „kaum ein Blatt im Herbst, das nicht von Ein-Euro-JobberInnen gefegt werden müsste" veranschaulichte schon der Moderator Gernot Koch in der Einleitung ihre These. Zunächst differenzierte sie den Arbeitsmarkt in drei Sektoren. Im ersten Arbeitsmarkt sind die sozialversicherungspflichtigen Jobs, mit einigermaßen ‚normalen' Arbeitsverträgen, also das in der fordistischen Ideologie als klassisch verkaufte Arbeitsverhältnis. Der zweite Arbeitsmarkt ist einfach der prekarisierende Niedriglohnsektor, der in den letzten Jahrzehnten rasant zunahm. Der dritte Arbeitsmarkt – und dieser ist das Spezifikum der These von Irina Vellay – wird von staatlichen und öffentlichen Einrichtungen geschaffen, die diesen rasant ausbauen. Im dritten Arbeitsmarkt wird das Verhältnis von Arbeitenden zum Auftraggeber nicht über den Lohn – wie sonst üblich in kapitalistischen Gesellschaften –, sondern über direkten Zwang geregelt.

Sie stellte zunächst klar, dass die Vermittlungsleistungen der ARGE, die nur 5 % in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt, dem Fakt geschuldet sind, dass zur Zeit nicht alle Menschen für die Warenproduktion ‚nötig' sind. 90 % der der erfolgreichen Vermittlungen sind auf die Ein-Euro-Jobs zurückzuführen. „Das erklärte Ziel der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist eine Worthülse, die verschleiern soll, dass es für viele Menschen keine Verwendung gibt, weil sie bei den harschen Leistungsanforderungen nicht mithalten können. Eine solche rigide Auslese lässt sich allerdings nur durchsetzen, weil es insgesamt ein deutlich größeres Arbeitskräftepotenzial gibt, als überhaupt sinnvoll in den Kapitalverwertungsprozess integriert werden kann. Der ‚Dritte oder soziale Arbeitsmarkt' ist so auch gar

kein ‚Markt', sondern beinhaltet die unbezahlte Arbeitspflicht bei Bezug von Transferleistungen für grundsätzlich erwerbsfähige Arbeitslose." Und weiter: „Zudem wird deutlich, dass es gar keine ‚zusätzliche' Arbeit gibt, sondern nur solche, die bezahlt wird, und eben solche, die unbezahlt bleibt. Die immer wieder aufgeführten Handlungsfelder und Tätigkeiten für ‚gemeinnützige Arbeit' sind regelmäßig Aufgabenfelder de facto öffentlicher Dienstleistungen."

Irina Vellay zeigte am Beispiel Dortmund, dass die Tendenz dahin geht, den Großteil der öffentlichen Aufgaben durch diese ‚Arbeitsgelegenheiten' zu erledigen und dementsprechend wird schon zur Zeit die Personalpolitik und Planung der Stadt Dortmund ausgerichtet.

Dass dabei diese Maßnahmen nicht als Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt verkannt werden dürfen, zeigte sie nachdrücklich: „Faktisch sind die betroffenen Ein-Euro-Jobber so mit einem rechtsfreien Raum konfrontiert und müssen zu 90 % damit rechnen, dass sie anschließend weiterhin erwerbslos sind. Denn die von ihnen ausgeführten Arbeiten werden am Markt gar nicht nachgefragt. Es gibt nun mal keine regulären Stellen im Bereich ‚ästhetische Reinigung' bei den Kommunen oder als ‚Verkehrsschilderputzer' wie jüngst in Wuppertal, sondern das sind immer Ein-Euro-Jobber."

Interessant war ihre These der Hausfrauisierung: „Die Umsetzung der Dienstverpflichtung in den Ein-Euro-Jobs – wie wir sie empirisch festgestellt haben – weist deutliche Analogien zu der gesellschaftlichen Konstruktion der ‚Hausfrau' auf:

- das Hauptaufgabenfeld ist Reproduktionsarbeit in der Pflege und Betreuung von Menschen wie Kindererziehung und Altenpflege, sind Reparaturen und der Unterhalt öffentlicher bzw. öffentlich-rechtlicher Einrichtungen und Anlagen, sind hauswirtschaftliche Tätigkeiten wie kochen, aufräumen und putzen;

- die Dienstverpflichteten erhalten Unterhalt und Mehraufwandentschädigung statt Lohn oder Gehalt;
- sie werden für die Tätigkeiten, die sie ausüben, nicht ausgebildet, sondern nach Bedarf im Alltagsvollzug angelernt;
- sie erwerben aus der Dienstverpflichtung keinen eigenen Rentenanspruch."

Wiederum eine Parallele zur ‚Hausfrauenarbeit' ist der Entzug der Anerkennung für diese Tätigkeiten. „Zur Wahrung der Hierarchie zwischen Lohnarbeit und Dienstverpflichtung ist es jedoch notwendig, diese Tätigkeiten gegenüber Lohnarbeit als minderwertig zu kennzeichnen." Diese Hausarbeit im öffentlichen Raum ist Teil der neoliberalen Stadtpolitik. Geht einher mit Sozialabbau, z.B. die Umstellung auf unqualifizierte Arbeitskräfte. Stadtpolitik ist nicht mehr Sozialpolitik, sondern öffentliche Ordnungspolitik. Dass im Zuge dessen auch das Sozialstaatsgebot (welfare state) fällt, ist augenscheinlich.

Weil dieses Arbeitsverhältnis nicht mehr über Lohn, sondern über Zwang geregelt wird, sprach Irina Vellay von einer (Re-)Feudalisierung der Arbeitsstrukturen: „Im Rahmen der für erwerblose Leistungsempfänger vorgesehenen Eingliederungsvereinbarung soll jedoch die Behörde eine Unterschrift mit der Androhung von Sanktionen bis hin zum vollständigen Leistungsentzug erzwingen können. Damit ist für die erwerbsfähigen Transferleistungsbezieher als nicht gerade kleiner Teil der Gesellschaft die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft aufgekündigt. Das hat weitreichende Konsequenzen. Wie dünn das ‚Eis' ist, zeigt sich daran, wie schnell menschenverachtende Verhaltensweisen um sich greifen. So wurde uns außerhalb der Studie von einem Fall beim Dortmunder Tiefbauamt berichtet, wo ein schwer Körperbehinderter gezwungen wurde, beim Müllsammeln den Sack mit den Zähnen zu halten, damit er mit dem gesunden Arm den Müll einfüllen konnte."

Ob diese Tendenzen der Refeudalisierung als allgemeine Tendenz zu bewerten ist, ist für uns noch unklar. Dennoch zeigt ihr Ansatz andere Perspektiven auf, wie die Umstrukturierung des ehemaligen Sozialstaats zu bewerten ist. Ihre Thesen sind ein möglicher Ansatz diese nicht nur als Wegbrechen des ‚ach so gerechten' Sozialstaats zu bedauern, sondern bietet linker, antikapitalistischer Analyse mögliche Anknüpfungspunkte.

# Über Kurz oder lang – er geht kaputt, der Kapitalismus!?

## Zu Robert Kurz` Vortrag: „Kapitalistische Krisenentwicklung und Perspektiven der sozialen Bewegungen"

Robert Kurz betonte gleich zu Beginn, dass sein Vortrag eher aktuelle Entwicklungen problematisieren als Lösungen präsentiere. Zunächst gehe es um die Feststellung objektiver wie subjektiver Krisentendenzen. Neben der objektiven Krise der kapitalistischen Produktionsweise nach der 3. („mikroelektonischen") Revolution sei das „Bewusstseinsproblem" der Subjekte gravierend. Perspektiven sozialer Bewegungen könnten also erst nach der Überwindung des ideologischen Bewusstseins formuliert werden, wozu er nun eben einen Beitrag leisten wolle. Es gilt, so Kurz, gegen die bloße „Überlebenspolitik"der vereinzelten Einzelnen die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch alle zu fordern, und zwar jenseits von der kapitalistischen, durch Arbeit vermittelten Form. Was fehlt, ist „Power", „Potenz", die Machtfähigkeit sozialer Bewegungen.

Das liegt ganz offensichtlich an der falschen Diagnose der aktuellen gesellschaftlichen Krise.

Im bürgerlichen Mainstream und in Teilen der Linken sei zwar von einer „sozialen Krise" viel zu hören, von struktureller Massenarbeitslosigkeit, Neuer Armut und maßlosen Hedge-Fonds, den sogenannten „Heuschrecken". Diese Entwicklungen werden aber nur als Momente eines neoliberalen Kapitalismus verstanden, dem es ansonsten ziemlich gut gehe – was an steigenden Kapitalgewinnen und anwachsendem Reichtum abzulesen sei. Genau gegen diesen Schein eines prosperierenden globalen Kapitalismus will Kurz nun seine Analyse der objektiven Krisenentwicklung stark machen.

Es ist jedoch nicht ganz einfach, dem Gang dieser Analyse zu folgen. Kurz verteidigt sich immer wieder vorsorglich gegen Einwände und Gegner, die noch gar nicht in Erscheinung getreten sind. So springt der Vortrag von den Verelendungserscheinungen des Frühkapitalismus zur aktuell diskutierten Verlagerung der industriellen Produktion nach China, vom Handelsbilanzdefizit der USA zur Ausweitung des Dienstleistungssektors bei gleichzeitiger Schrumpfung der Industriearbeit. Dabei gelingt es Kurz sogar, den Aufstieg und Fall der Sowjetunion in zwei bis drei Sätzen zu skizzieren. Immer wieder spricht er von „Zerreißproben" für das System, von einem „Spuk", dem bald eine Ende gemacht werde, und davon, dass der schöne Schein des Kapitalismus nun langsam zu kippen beginne.

**Der endgültige Zusammenbruch**

Die Krisendiagnose ist „knallharte Objektivität." Nur Ignoranten und Traditionalisten könnten, so Kurz, die „objektive" Krise des Kapitalismus leugnen – es spreche einfach zuviel dafür, dass mit der 3. industriellen Revolution, der mikroelektronischen Technologieentwicklung und der nun massenhaft überflüssig gewordenen kapitalistischen „abstrakten" Arbeit das System seine eigene Grundlage zerstört habe. Die Substanz des Kapitals, „abstrakte" Arbeit, werde im hochtechnologischen Kapitalismus nun noch verschärft ausgehöhlt, ja tendenziell überflüssig gemacht.

Dabei bezieht sich Kurz auf das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" von Marx: Der Fall der Profitrate wird mit einen sinkenden Anteil der Arbeitskraft (variables Kapital) im Produktionsprozess gegenüber wachsenden Ausgaben für Maschinen, Gebäude, Rohstoffe etc. (konstantes Kapital) begründet. Die Konkurrenz am Markt zwingt die Kapitalisten beständig dazu, die Produktionskosten für ihre Produkte zu senken und in neue, teure Maschinen und Technologien zu investieren. Mit der Rationalisierung der Produktion und technologischen Innovationen steigt auch die Produktivkraft der Arbeit, ein Arbeiter kann jetzt mehr Produkte in der selben oder kürzerer Zeit produzieren. Damit wird ein Teil der bisher nötigen Arbeitskraft überflüssig, der Kapitalist kann einen Teil der Löhne sparen und Arbeiter entlassen. Da aber nur die Arbeiter Mehrwert produzieren und Kapital vermehren, sinkt in diesem Prozess die Profitrate, der Kapitalismus entzieht sich somit seine eigene Grundlage. Worauf sich Kurz jedoch nicht bezieht, sind die von Marx selbst formulierten gegenläufigen Tendenzen zu diesem Fall der Profitrate.:

„Das Problem bei dieser Argumentation besteht darin, daß der skizzierte Prozeß nicht nur den von

Marx hervorgehobenen Aspekt (Vermehrung des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen) hat, der allein betrachtet eine Senkung der Profitrate bewirkt, sondern auch noch andere, die Profitrate steigernde Eigenschaften aufweist: die Produktivkraftsteigerung wirkt verbilligend auf das eingesetzte konstante Kapital und außerdem steigert sie die Mehrwertrate (d.h. die gleiche Menge Arbeitskraft liefert in derselben Zeit einen größerer Mehrwert). Die Bewegung der Profitrate ist erst das Resultat aller drei Effekte." (Michael Heinrich, http://oekonomiekritik.de/601Untergang%20des%20Kapitalismus.htm)

Aber Kurz hält den Zusammenbruch offensichtlich für greifbar nahe: Der Krisenkapitalismus sei so „hyperanfällig", dass man ihn nurmehr anpusten müsse – also die richtigen Hebel in Bewegung setzten und seine „Nervenbahnen" (Finanz-, Transport- , Kommunikationswege) unterbrechen. Aufgrund der Schrankenlosigkeit des Kapitals sei dieses überhaupt nur noch als „Weltkapital" zu verstehen – eine für einen Denker wie Kurz aber keine zu schwere Aufgabe, denn die Krise ist eben kein singuläres oder partikulares Problem, sondern strukturell und überall.

konnotiert, da alles „weibliche" vom Kapitalverwertungsprozess abgespalten werde.

Als Konsequenz daraus zieht Kurz, dass gesellschaftlicher Reichtum eben nicht mehr in Form von abstrakter Arbeit abgepresst werden dürfe. Mit dem Gott der Arbeit müsse auch der Geldfetisch beseitigt werden, das als Repräsentant des Wertes eben auch Repräsentant der toten Arbeit sei.

Das ist so richtig wie allgemein - aber vor allem auch Teil einer höchst problematischen Konzeption, einem besserwisserischen Duktus und gar größen-

Für Kurz dagegen ist diese Krise des Kapitalismus ausgemachte Sache: Durch die Eliminierung der allein wertschöpfenden, und damit Kapitalakkumulation ermöglichenden industriellen Arbeit hebe sich das System somit selbst auf. Der wachsende Dienstleistungssektor z.B. sei kein Ausweg aus dieser Krise, da diese immer abhängig von der Mehrwertschöpfung in den Industrien sei, somit keinen eigenen Wert schaffe.

Mit dieser neuen hochtechnologischen Produktionsweise sei die „innere Schranke kapitalistischer Kapitalakkumulation" erreicht – zumindest: fast. Denn vorerst funktioniert er noch, der Kapitalismus in seinem letzten Stadium.

Wirklich spannend hätte es dann nochmal werden können, als Kurz sich an die„radikale Kritik der Ontologie der Arbeit" wagte. Der vermeintlich emanzipatorische Arbeitsbegriff, der in weiten Teilen der alten Arbeiterbewegung und noch heute vorherrsche, müsse auf seinen ideologischen Kern zurückgeführt werden. Die kapitalistische Arbeit, von Marx negativ als „abstrakte" bezeichnet, als inhaltslose Verausgabung von Nerv, Muskel, Hirn werde ideologisch vergöttert, zum Modell menschlicher Praxis allgemein und einzigen Sinnstiftung stilisiert. Zudem sei Arbeit, wie alle kapitalistischen Kategorien „männlich"

wahnsinnigen Vortrags. (Kurz erhebt unter anderem Anspruch auf die objektive Erkenntnis einer absoluten Krise des Weltkapitals.) Nun gehe es nur noch um die Vermittlung dieser theoretischen Einsichten mit bestehenden Formen politisch-sozialer Aktivismen. Die Frage einer radikalen, systemüberwindenen Praxis wird da zum reinen Vermittlungsproblem. So wettert er gegen den postmodernistische Individualismus, der ein selbstbestimmtes, freies, spielerisches Subjekt imaginiere, das sich quasi-autonom in den Herrschaftszusammenhängen bewegen und sich

diesen partiell entziehen könne. Auch viele Linke hätten einfach keine Lust, sich den Konsequenzen der objektiven Systemveränderungen zu stellen, vor allem aber fehle ihnen ein langer Atem. Denn der radikale Bruch mit dem kapitalistischen Lohnarbeitssystem sei eben nicht hier und heute umsetzbar – weshalb auch Genossenschaftsideen, Umsonstläden („selbstverwaltete Sperrmüllabfuhr") und andere vermeintliche, individualistische Freiräume keine Lösung seien. Doch hier bleibt Kurz ambivalent, denn bestimmte systemimmanente Forderungen könnten durchaus aufgegriffen werden, um zu zeigen, dass man sich nicht alles gefallen lasse. Da gälte es eben, dem „System die Faust zu zeigen" - was sich jedoch gerade deshalb als schwierig erweist, weil ökonomische Kampfinstrumente wie der Streik durch die Krise der Arbeit generell geschwächt seien.

**Welche Krise? Welche Arbeit?**

Man könnte nun vieles einwenden – die abstrakte und objektivistische Argumentation, der krasse Ökonomismus und Strukturdeterminismus, der die Subjekte einseitig auf blinde Akteure eines sich hinter ihrem Rücken vollziehenden Prozesses beschreibt. Ich möchte mich auf zwei Momente beschränken: Zum einen auf den von Kurz benutzten naturalistischen Arbeitsbegriff, zum anderen auf sein idealistisches und paternalistisches Theorie-Praxis-Verhältnis.

Mindestens zwei Momente sind problematisch an der Art und Weise, wie Kurz seine Argumentation der Krise der Arbeit aufzieht. Kurz sprach unter anderem davon, dass die im Kapitalismus verrichtete Arbeit „abstrakt" sei, Verausgabung von Nerv, Muskel, Hirn. Das verwirrt nun vollkommen, denn „abstrakte Arbeit" ist gerade eine analytische Kategorie und damit eine theoretische Abstraktion von der konkreten Praxis im Kapitalismus. (Ich habe jedenfalls noch niemanden abstrakt und inhaltsleer arbeiten sehen – selbst stupideste Arbeiten sind immer konkret.) Kurz zufolge müsste die kapitalistische Arbeit also „konkret abstrakt" sein (und das ist kein dialektischer Widerspruch!)

Die konstatierte Krisenlogik steht und fällt nun mit diesem Arbeitsbegriff – denn die mikroelektonische Revolution macht nach Kurz zunächst einmal *einen* bestimmten Typus von Lohnarbeit überflüssig: die klassische Industriearbeit. Um die Krisendiagnose aufrecht zu erhalten, muss Kurz nun diesen Typus von Arbeit als alleinige Kapitalsubstanz behaupten, bei deren Überflüssig-werden der gesamte Prozess der Kapitalakkumulation zusammenbrechen muss. Warum nur dieser spezifische Typ von Lohnarbeit wertschöpfend ist, Dienstleistungsarbeiten aber nicht, erklärt uns Kurz nicht. Sich auf „Das Kapital" als Bibel zu stützen und mit *dem* Marxschen Arbeitsbegriff zu argumentieren ist zu billig, passt aber zum Stil. Michael Heinrich z.B. hat gerade die Ambivalenzen des „marxschen Arbeitsbegriffes" herausgearbeitet, die zum einen die naturalistische Auffassung zulasse, abstrakte Arbeit habe eine natürlich-physiologische Grundlage. Letzteres führt Kurz dann eben zur Behauptung, wir verrichteten ‚abstrakte' Arbeit. Mit dieser Auffassung verschwindet jedoch die Gesellschaftlichkeit der Wertsubstanz ‚abstrakte' Arbeit, die eben über den Tausch vermittelt ist. Erst im Tausch werden die einzelnen konkreten Arbeiten der Warenproduktion auf abstrakte Arbeit reduziert. Geht man nun davon aus, dass die Wertsubstanz des Kapitals, „abstrakte Arbeit" erst gesellschaftlich durch den Tausch „entsteht", das „Wert" also ein Verhältnis ist – dann hat das auch Folgen auf die Frage, welche Arbeiten wertschöpfend sind und welche nicht:

Entscheidend für diesen (im kapitalistischen Sinne!) produktiven Charakter von Arbeit ist erstens ein bestehendes Lohnarbeitsverhältnis und zweitens, dass Waren für den Verkauf produziert werden. Ein Lohnarbeitsverhältnis im privaten Bereich ist also „unproduktiv" ebenso wie private Warenproduktion.

„Ob es sich bei einer bestimmten Art der Arbeitsverausgabung um produktive Arbeit im kapitalistischen Sinne handelt oder nicht, hängt *nicht* vom konkreten Charakter dieser Arbeit, sondern von den ökonomischen Umständen ab, unter denen sie verausgabt wird. Backe ich eine Pizza, die ich selbst esse oder meinen Freunden vorsetze, dann habe ich zwar einen Gebrauchswert geschaffen, aber keine Ware (die Pizza wird nicht verkauft), daher habe ich auch keinen Wert oder Mehrwert produziert; meine Arbeit war im kapitalistischen Sinne unproduktiv. Verkaufe ich die Pizza dagegen auf einem Straßenfest, dann habe ich Ware und Wert geschaffen, aber keinen Mehrwert, meine Arbeit war also immer noch unproduktiv. Werde ich nun als Koch in einem kapitalistisch betriebenen Restaurant eingestellt und backe dort eine Pizza, die von zahlenden Gästen aufgegessen wird, dann habe ich nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert produziert, insofern war meine Arbeit ‚produktiv'" (S.121, Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung)

Stimmt man nun dieser Argumentation zu, dann fällt die gesamte Krisenkonstruktion in sich zusammen. Denn es lässt sich relativ leicht feststellen, dass Dienstleistungen offensichtlich unter kapitalistischen Bedingungen produziert und getauscht werden können. Ihr einziger Unterschied zu „materiellen" Produkten ist ein stofflicher und zeitlicher. Dienstleistungen sind dann wertschöpfend, wenn sie auf dem Markt angeboten, produziert und konsumiert werden – was sich tendenziell gleichzeitig vollzieht: Ein Taxifahrer produziert die Taxifahrt, die sein Kunde gleichzeitig konsumiert.

Die naturalistische Trennung, die Kurz aufmacht, ist im Grunde die zwischen bestimmten Arbeitstypen, die entweder der wertschöpfenden Produktionsarbeit zugeordnet werden, oder als Arbeiten zur bloßen Reproduktion der Arbeitskraft und damit nicht als wertschöpfend gelten. Aber gerade diese Annahme ist problematisch. Denn nicht die Frage der Produktion oder Reproduktion, sondern die der Warenförmigkeit von bestimmten Arbeiten ist grundlegend für deren wertschöpfenden Charakter. An diesem Naturalismus, der auch im Marxismus und Teilen der Arbeiterbewegung existiert(e), wurde schon früh aus feministischer Sicht Kritik geübt. Rolemodell in diesem Verständnis von produktiver Arbeit ist dann der Industriearbeiter, der den ganzen großen Rest der Gesellschaft – seine Familie,

die Kapitalisten und den Staat – durch seine Arbeit miternährt. Auf diese Kritik geht Kurz im Vortrag zwar ein – Kapital und Arbeit seien männlich konnotiert, weiblich konnotierte Arbeiten werden aus dem Kapitalverhältnis abgespalten – aber für seine Konzeption hat das offenbar keine weiteren Auswirkungen.

**Falsche Unmittelbarkeit und Erweckungsbewegung**

Aber nicht nur die Krisentheorie, auch die politischen Konsequenzen sind problematisch. Zunächst spaltet Kurz die Theorieentwicklung vollkommen von gesellschaftlicher Praxis und widerständiger Politik ab. Er formuliert keinerlei Anknüpfungspunkte an existierende Kämpfe und Bewegungen – statt dessen übt er sich in autoritärer Belehrung und Verbalradikalismus.

Es geht ihm als Theoretiker nicht darum, gesellschaftliche Praktiken in widersprüchlichen Verhältnissen zu verstehen. Menschen kommen bei ihm nur als blinde Ausführungsorgane des „automatischen Subjekts", des sich selbst verwertenden Wertes – sprich: der Kapitallogik vor. Es geht vielmehr um die Analyse des sich verselbständigten kapitalistischen Systems in der absoluten, jetzt auch echten, wirklichen, letzten Krise als vermeintlich objektiver Tendenz.

Diese unumgängliche Einsicht gilt es nun all denjenigen quasi von oben zu vermitteln, die noch immer blind und suchend in irgendwelchen pseudopolitischen Einzelkämpfen individualisiert und verstreut sind. Denn Kurz legt letztlich die gleiche Haltung an den Tag wie die von ihm so stark kritisierte „alten Arbeiterbewegung" an den Tag: Warten auf den „naturgesetzlichen" Zusammenbruch und sich vorbereiten auf das, was danach kommt. Dass Menschen konkret von Ausbeutung oder Ausgrenzung betroffen sind und sich dagegen aus subjektiven Erfahrungen heraus wehren, die man ernst nehmen muss, sieht Kurz überhaupt nicht. Er scheint derart abgehoben zu sein, dass er bestehende soziale Kämpfe noch nicht einmal mehr registriert. Ohne eine schlichte Identität von Theorie und Praxis behaupten oder fordern zu wollen, ist eine solche theoretische Ignoranz gegenüber der Praxis unhaltbar. Gegen jede Form der unmittelbar praktischen Erfahrung spielt Kurz die angeblich objektive Krisentendenz aus. Damit bringt er sich in eine Position, die über privilegierten Zugang zur Objektivität verfügt. Das Bewusstsein der Subjekte, die z.B. Arbeit als Bedingung für ihre individuelle Freiheit begreifen (was leider in der kapitalistischen Gesellschaft für die allermeisten eben so ist!), ist vollkommen fetischisiert und schlicht falsch. Daher muss es aus der theoretischen Position, die die eigentliche Wirklichkeit und objektive Wahrheit genau kennt, radikal kritisiert werden. In bestehende Auseinandersetzungen zu intervenieren, wird somit unmöglich. Statt dessen müssen die beschädigten Subjekte von außen und oben erlöst werden. Wer sich Erweckungsbewegungen anschließen möchte, ist mit Kurz also ganz gut bedient, um in widersprüchlichen kapitalistischen Verhältnissen handlungsfähig zu werden, hilft er kein Stück weiter.

**Literaturtipps zum Thema;**

***Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Schmetterling Verlag***
Gute, kurze aber verständliche Einführung in die Marxsche Ökonomiekritik. Gibt's unter anderem in der Bibliothek im „Dritte Welt"- Infozentrum und -Laden

***http://oekonomiekritik.de/***
Website von Michael Heinrich mit weiterführenden Texten, Debatten etc.

***http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/mp3/elbe_interview.mp3***
Interview mit Ingo Elbe zur Aktualsimus der Marx'schen Analyse des Kapitalismus

***http://www.rote-ruhr-uni.com***
Umfassende Textsammlung zur Kritik der politischen Ökonomie, der (Theorie)Geschichte marxistischer Theorie und darüber hinaus.

# Bedingungsloses Grundeinkommen als soziale Perspektive

Zur Primetime stellte Karl Reitter als letzter Referent des Tages sein Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens auf humorvolle Art vor. Sein Referat bestand überwiegend aus der Kritik an den herrschenden Verhältnissen aus marxistischer Sicht und schloss mit dem bedingungslosen Grundeinkommen ab, welches seiner Meinung nach die sinnvollste Forderung im bestehendem System sei. Auf Nachfragen des Publikums ging er genauer auf seinen Entwurf ein. Es stellte sich dabei heraus, dass er sowohl die Existenzsicherung als auch die bedingungslosigkeit – anders als viele anderen VertreterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens – wirklich ernst meinte. Er betonte, dass die Existenzsicherung ein gutes Leben und kein Überleben in Armut bedeuten muss. Die Bedingungslosigkeit entkoppelte er explizit von Arbeit, Alter, Geschlecht und auch Staatsangehörigkeit. Mit diesen beiden Punkten sind die in unseren Augen wesentliche Instrumente der herrschaftlichen Gesellschaft und des Kapitalismus aufgehoben, höchstens das Patriarchat könnte diesen Schritt überstehen. Nicht nur die Festung Europa und damit die globale Ausbeutung, auch unliebsame Arbeit, die sie als Lohnarbeit fast immer ist, wären hinfällig. Damit wäre auch der bürgerliche Staat überwunden. Dementsprechend erscheint es uns komisch, dass die Forderung dieses bedingungslosen Grundeinkommens an den bürgerlichen Staat gerichtet ist, dessen Überwindung doch angestrebt wird.

Auch wenn es uns dann nicht ganz klar ist, warum wir das bedingungslose Grundeinkommen zu unserer zentralen Forderung machen sollten, ist doch zumindest Reitters Intention eine emanzipative. Dementsprechend begrüßen wir auch, dass er sich explizit von anderen, bürgerlichen VerfechterInnen dieser Forderung absetzt. Diese – so zum Beispiel der Drogeriemarktkettenchef Götz Werner, der populärste bürgerliche Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens – koppeln die Einführung des niedrigen Grundeinkommens an die Abschaffung der gegenwärtigen Sozialversicherungssysteme und die öffentliche Gesungheitsversorgung.

Die Forderung nach bedingungslosen Grundeinkommen hat den Vorteil, dass sie anschlussfähig ist. Sie ist jedoch so dehnbar, dass inzwischen beispielsweise selbst der Ministerpräsident Thüringens ein Modell dazu vorgeschlagen hat. Die Konturschwäche dieser Forderung macht es fraglich, ob sie zum Knotenpunkt antikapitalistischer sozialer Bewegung werden sollte.

# 25 Jahre Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg

## Ein zeitgeschichtlicher Rückblick

### I. 1982 – 1989: Die „Ära Kohl"

**Der gesellschaftliche Hintergrund**

Das Jahr 1982 markiert einen historischen Wendepunkt in der gesellschaftspolitischen Entwicklung der Bundesrepublik. Die Massenarbeitslosigkeit steigt auf über 2 Millionen an. Die neuen Technologien halten Einzug in die Produktionsstätten. Die keynesianistische Nachfragepolitik der sozialdemokratischen Regierung ist in die Krise geraten. Bereits Helmut Schmidt verkündet: „Die Gewinne der Unternehmen von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen." Seit 1975 steigt die Jugendarbeitslosigkeit, ab 1979 wird mit den „Haushaltskonsolidierungsgesetzen" empfindlich in die Sozialleistungen eingegriffen. Ab 1983 setzt die konservative Kohlregierung der CDU/CSU den Sozialabbau systematisch fort.

Das Kapital antwortet auf die Streiks und Lohnkämpfe, auf Energie- und Verwertungskrisen sowie das Scheitern der staatlichen Nachfragepolitik seit Mitte der 1970er mit der Aufkündigung des Klassenkompromisses: Lohnsenkungen, Rationalisierungswellen mithilfe der neuen Technologien, Massenentlassungen und Sozialabbau werden vorangetrieben.

Deregulierung und Entbürokratisierung, mehr Marktwirtschaft, Leistung muss sich wieder lohnen, Rückzug des Staates aus der Gesellschaft, mehr Eigenverantwortung der Bürger sind die ideologischen Begriffe, mit denen das endgültige Ende des Fordismus, das Ende von rund 50 Jahren relativ stabilen Wachstums in unserem Teil der Welt eingeläutet werden. Die Ära des Neoliberalismus hat begonnen.

**Die ALSO und die Sozialbewegungen**

Ende 1982 findet in Frankfurt der 1. Bundeskongress der Arbeitslosen statt, an dem sich auch die ALSO beteiligt. Über 2 Millionen Arbeitslose sind damals noch ein gesellschaftlicher Skandal, in über 300 Städten werden Arbeitsloseninitiativen, -läden oder -zentren organisiert. Die „Zukunft der Arbeit", der „Arbeitsbegriff", die Verteilung der Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und die Existenzsicherung derjenigen, die keine Erwerbsarbeit mehr haben, stehen auf der Tagesordnung gesellschaftlicher Debatten.

Die ALSO tritt auf mit der Parole „Arbeitslosigkeit als Chance" und formuliert in ihrem Thesenpapier zum Begriff der Arbeit bereits damals das Programm für die nächsten 25 Jahre:

„Das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit hat für viele die Konsequenz: Arbeit um jeden Preis und unter jeder Bedingung! – Eine Folge davon ist, daß das Lohnniveau derjenigen, die noch Arbeit haben, noch mehr gedrückt wird und die Arbeitsbedingungen verschärft werden. Damit werden die Arbeitenden gegen die Arbeitslosen ausgespielt. Die andere Seite ist, daß Arbeit zum bloßen Zweck des Geldverdienens abgewertet und der Mensch allein auf seine Verwertbarkeit für die Produktion reduziert wird."

Der Einstand der ALSO in die Oldenburger Kommunalpolitik basiert dann auf einem Missverständnis.

Folgender Text stammt aus einem Flugblatt der Hamburger Erwerbslosen- und Jobberbewegung, wird aber in der Presse irrtümlicherweise der ALSO zugeschrieben:

„Wir wollen 1500 Mark für alle statt Arbeit für alle (...) Vollständiges Ausnutzen der sozialen Hängematte (...) Den Reichtum dort holen, wo er angesammelt ist, statt sich ausbeuten zu lassen: Selbstbedienung in großen Läden, Banken, Nulltarif bei Verkehrsbetrieben (...) Wir haben ein anteiliges Recht auf den gesellschaftlichen Reichtum!".

Diese Parolen beschwören im beschaulichen Oldenburg einen mittelgroßen Skandal herauf, zumal die ALSO gerade städtische Zuschüsse für ein Arbeitslosenzentrum fordert. Die ALSO versichert auf der einen Seite zwar immer

wieder, dass dieses Flugblatt gar nicht von ihr stammt, auf der anderen Seite distanziert sie sich aber – trotz heftiger interner Auseinandersetzungen – auch nie explizit vom Inhalt.

Die Kommunalwahlen 1986 bringen eine rot-grüne Ratsmehrheit. Es geht besonders um die kommunalpolitischen Spielräume zur Verbesserung der Situation der Sozialhilfeberechtigten wie die Erhöhung der Bekleidungspauschale, die Abschaffung des Arbeitsdienstes und die Einschränkung des Schnüffeldienstes.

Das Dossier des damaligen Sozialdezernenten Wehrmeyer, mit dem er die ALSO diskreditieren und von jeglicher öffentlichen Förderung ausschließen will, sowie eine von der Bezirksregierung gegen die Sozialausgaben verhängte Haushaltssperre zeigen die Bedeutung der ALSO:

„Es kam zu Protestmärschen, zu Demonstrationen vor dem Dienstgebäude mit Megaphon, Transparenten, Schaufensterpuppen und anderen Gegenständen sowie zu laufenden Flugblattaktionen vor der Eingangstür."

„Vor allem mit den Unterstellungen, Diffamierungen und der Stimmungsmache auf den Flugblättern wird bei labilen und geistig einfach strukturierten Hilfesuchenden (nicht nur bei Arbeitslosen) unter dem Deckmantel einer sozialen Beratungsstelle eine Bewußtseinsbildung herbeigeführt, die die Arbeit des Sozialamts im sozialen Leistungssystem außerordentlich erschwert ..."

„Wenn von einem erwerbsfähigen Hilfeempfänger nach dem Gesetz erwartet wird, daß er als Gegenleistung für die Hilfe zum Lebensunterhalt gemeinnützige und zusätzliche Arbeit leistet, die für ihn zumutbar ist, wird dies als ‚Zwangsarbeit' diskriminiert. Dabei wird mit Vorsatz verleugnet, daß es dem Menschen bereits naturgesetzlich vorgegeben ist, seine Kräfte für den Lebensunterhalt einzusetzen."

„Aus der Selbsthilfegruppe wurde eine Agitationsgruppe, die mit rigorosen Parolen eine alternative Gesellschafts-Sozialpolitik vertritt."

Damit ist von den ersten Stunden an in den wesentlichen Zügen die ALSO als Organisation charakterisiert:

- Sie wird von Intellektuellen initiiert, die selbst von Erwerbslosigkeit betroffen sind.
- Die eigene Situation wird als die gesellschaftlich zentrale Frage der Organisation und Verteilung von Arbeit und Einkommen begriffen und verallgemeinert. Individuelles Engagement, die Politik in der ersten Person, und gesellschaftspolitisches Engagement stimmen überein.
- Die ALSO ist von Beginn an als autonome, unabhängige Initiative konsequent basisdemokratisch organisiert. Seit 25 Jahren findet Mittwoch nachmittags das Plenum statt, auf dem über alle wichtigen Angelegenheiten so weit irgend möglich im Konsens entschieden wird.
- Sie befindet sich von Anfang an im Spannungsverhältnis zwischen autonomer Politik und staatlicher Unterstützung. Finanzielle Unterstützung von der Kommune, vom Land, Bund und aus Europäischen Fördertöpfen wird eingeklagt, soll aber die Unabhängigkeit nicht in Frage stellen.
- Unabhängige Sozialberatung als individuelle Hilfe und sozialpolitische Aktion als gesellschaftsveränderndes Eingreifen sind die zwei Handlungsfelder, die sich in ständiger Auseinandersetzung und gegenseitigem Widerspruch weiterentwickeln.
- Nicht die Forderung nach „Recht auf Arbeit", sondern nach Existenzgeld und einem neuen Begriff der Arbeit stehen von Anfang an auf der Fahne der ALSO. Schon 1984 erscheint das erste Existenzgeldpapier der ALSO in mehreren überregionalen Zeitungen

## II. 1989 – 1998: Das „Ende der Geschichte"

**Der gesellschaftliche Hintergrund**

Diese zweite Phase ist geprägt durch den Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime und die „Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten. Es ist vom „Ende der Geschichte" die Rede, vom endgültigen Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die neoliberale Demontage sozialer Sicherungssysteme wird ohne die Konkurrenz alternativer Gesellschaftssysteme weltweit noch schärfer vorangetrieben. Die neuen Technologien ermöglichen eine rasante Beschleunigung der internationalen Waren und Handelsströme, während gleichzeitig wachsendes liquides Kapital in Milliardenhöhe zur Entkoppelung der Finanzmärkte von der realen Akkumulation führt. Internationale Investmentgesellschaften boomen, und das Finanzkapital gewinnt an ökonomischer und politischer Macht.

Die Umstrukturierung der Arbeitsmärkte dümpelt allerdings zumindest in Europa vor sich hin: Eine Novelle und Reform der sozialen Sicherungssysteme nach der anderen wird durch die konservative Kohl-Regierung in Deutschland durchgesetzt. Die Massenerwerbslosigkeit steigt weiter auf offiziell über 5 Millionen, der Anteil der Langzeiterwerbslosen nimmt zu ebenso wie die Zahl der in die Sozialhilfe ausgegrenzten Erwerbsfähigen.

**Die ALSO und die Sozialbewegungen**

Die Kommunalwahlen 1991 und 1996 bestätigen jeweils die rot-grüne Mehrheit im Oldenburger Stadtrat. Im Rahmen eines Förderprogramms des Landes Niedersachsen für Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen wird die ALSO ab 1991 mit einer halben Personalstelle und Sachmittelzuschüssen unterstützt. Ab 1993 finanziert die Stadt Oldenburg schließlich eine Personalstelle und einen Mietzuschuss für das Arbeitslosenzentrum. Ab 1996 wird die soziale Infrastruktur in Oldenburg zunehmend zum Zielobjekt der Haushaltssanierungsbemühungen.

In dieser zweiten Phase stellt sich die Frage der eigenen Existenzabsicherung für viele AktivistInnen aber bereits schärfer. Gesetzliche Lücken, die einigermaßen ausreichende Sozialleistungen ermöglichten, werden nach und nach geschlossen. Eine gewisse gesellschaftliche Gewöhnung an den Skandal Massenerwerbslosigkeit hat eingesetzt. Der Rechtfertigungsdruck auch innerhalb der eigenen Familien, Bekannten- und Verwandtenkreise, warum man denn immer noch keine Arbeit gefunden habe (obwohl man vielleicht nie ernsthaft eine gesucht hat, weil man ja genug sehr Sinnvolles zu tun hatte) zusammen mit den regelmäßig wiederkehrenden staatlich inszenierten Hetzkampagnen gegen Erwerbslose als Sozialschmarotzer, die selbst Schuld an ihrem Schicksal hätten, verfehlen nicht ihre Wirkung. Die Parole von der „Arbeitslosigkeit als Chance" beginnt in den Lebensbiographien der organisierten Erwerbslosen brüchig zu werden.

Entsprechend spalten sich bundesweit viele Erwerblosenprojekte – weniger entlang politischer Linien, etwa autonomer, gewerkschaftlicher oder kirchlicher Orientierung, als vielmehr an materiellen und personellen Problemen. Viele Initiativen werden in Beschäftigungsprojekte umgewandelt in der Hoffnung, etwas aus den bundesweit eingerichteten Fördertöpfen der sogenannten Qualifizierungsoffensive abgreifen zu können. Die Arbeitsmarktpolitik der konservativen Bundesregierung wirkt zudem extrem selektiv – „Creaming of the poor – Die Sahne wird abgeschöpft, der Rest wird langsam sauer" betitelt die ALSO eine Broschüre, in der das untersucht wird –, so dass oft gerade die akademischen, fittesten und organisationsfähigsten Erwerbslosen aus den selbstorganisierten Zusammenhängen gerissen werden, bzw. selbst die Initiatoren neuer kommunalpoltischer Beschäftigungsprojekte sind.

Neben den „traditionellen" Themen gewinnt in dieser zweiten Phase daher das Thema Finanzierung, „Staatsknete" und Absicherung eine wachsende Bedeutung. Es geht um ABM, kommunale und Landesfördermittel, „Stellengelder". An den Fragen, ob feste Stellen im Arbeitslosenzentrum, und wenn, für welche Arbeiten, eingerichtet werden sollen, und ob eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft aufgebaut werden sollte, spaltet sich schließlich die ALSO Ende der 1980er Jahre. Aber der Konflikt endet sybillinisch: Die Befürworter fester Stellen für Sozialberatung und Beschäftigungspolitik verlassen die ALSO, einer gründet den SWB, und die Gegner richten im Laufe der folgenden Jahre selbst Personalstellen im Zentrum ein.

Als Versuche einer längerfristigen Organisationsarbeit und kommunalen Verankerung vor dem Hintergrund anhaltender Massenerwerbslosigkeit, wachsender Sozialhilfebedürftigkeit und Kinderarmut müssen die Gründung des ALSO-Clubs und DONNA 45 gesehen werden, das als Frauenprojekt aus der ehemaligen Arbeitslosenwerkstatt in der Donnerschweer Str. 45 heraus organisiert wird und später in die Bürgerstraße umzieht.

Auf der Basis von drei halben Stellen und Mietzuschüssen aus Landes- und städtischen Mitteln kann die ALSO in den Jahren 1993 bis 2002 genug ehrenamtliche Mitarbeit mobilisieren, um eine kontinuierliche unabhängige Sozialberatung aufrecht zu erhalten und sich weiter in die Politik einzumischen.

## III. 1998 – 2002: „Moderne Sozialdemokratie"

**Der gesellschaftliche Hintergrund**

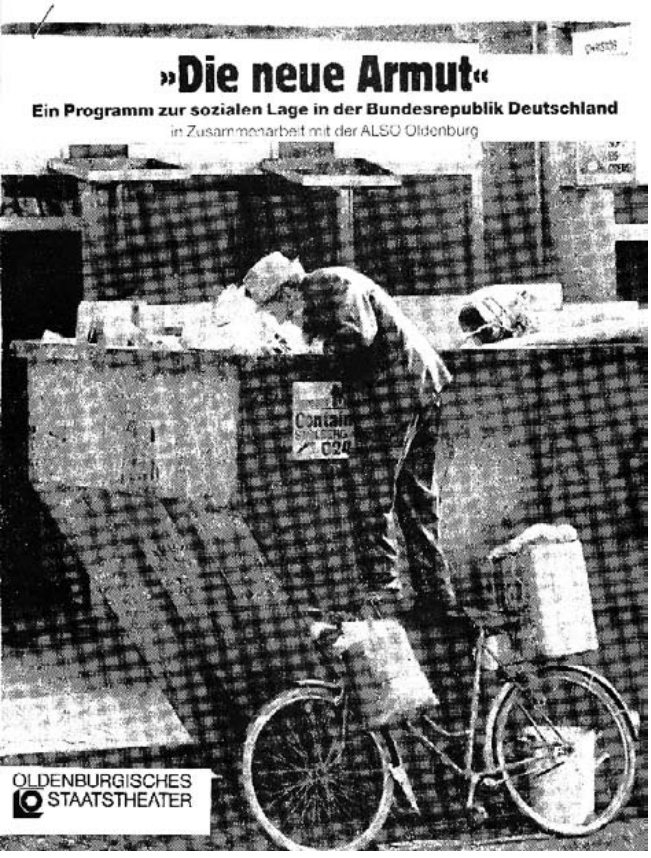
Nach 16 Jahren wird die Regierung Kohl von einer sozialdemokratisch-grünen Mehrheit abgelöst.

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des neuen Finanzkapitals, der modernen Informations-, Transport- und Dienstleistungstechnologien geht die konservative Deregulierungspolitik

Hunte Report

ALSO-Demo ufert aus:
Mundraub in der City!

Oldenburg (csc). 60 Arbeitslose besetzten am gestrigen Nachmittag die Plus-Filiale am Oldenburger Waffenplatz. Unter den Augen der Polizei verließen sie das Geschäft mit drei „gespendeten" Einkaufswagen voller Lebensmittel. Mehr dazu auf Seite 2.




nicht weit und schnell genug. Vor allem die Stagnation auf dem Arbeitsmarkt und das Scheitern eines Niedriglohnsektors am faktischen Mindestlohn der Sozialhilfe stehen der nächsten neoliberalen Glabalisierungswelle entgegen.

Es ist die Phase der europäischen Modernisierung der Sozialdemokratie, wie sie sich im Schröder/Blair Papier 1998 ausdrückt. Sie beginnen eine neue gigantische Umverteilungswelle des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, dass die konservativen Parteien ob ihrer eigenen kläglichen Bemühungen vor Neid erblassen und die geschockten Gewerkschaften nur noch mit den Ohren schlackern.

Den später dann heuchlerisch beklagten„Heuschrecken" öffnen die Sozialdemokraten selbst Tür und Tor durch Senkung der Unternehmenssteuern, die formale Zulassung von Hedge-Fonds und die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen. Sie etablieren den „shareholder value" als oberste Maxime rationalen Handelns auf dem Markt.

Egal, um welchen gesellschaftlichen Bereich es sich auch handeln mag, die neoliberale Dreifaltigkeit wird als Heilsbringer und universelles Erlösungskonzept durchgepaukt: Personalabbau, Kostensenkung, Privatisierung.

Gleichzeitig legen sie mit den Hartz-Gesetzen den umfassendsten Umbau des Arbeitsmarktes seit Kriegsende vor.

**Die ALSO und die Sozialbewegungen**

Während international eine neue und überraschend radikale globalisierungskritische Bewegung ihren spektakulären Auftakt 1999 mit den Blockaden der WTO in Seattle nimmt, attac sich europaweit gründet und die zerstörerischen Folgen der marktwirtschaftlichen Globalisierung den Menschen langsam unheimlich werden, ist die bundesweite Vernetzung der Erwerbslosenbewegung eher rückläufig. Die ALSO beteiligt sich nur noch punktuell an den bundesweiten Diskussionen und Kampagnen, weil sie ihre Kräfte voll für die kommunalpolitschen Auseinandersetzungen braucht.

Aber die ALSO kann ihre unabhängige Sozialberatung weiter aufrecht erhalten und ist weiter aktionsfähig. Ein kollektiver und solidarischer Umgang mit den zur Verfügung stehenden finanziellen und beratungstechnischen Ressourcen ermöglicht weiterhin vielen AktivistInnen trotz wachsenden Drucks die Mitarbeit. Die ALSO ist mit ihrer unabhängigen Sozialberatung nicht nur ein fester Bestandteil der sozialen Infrastruktur Oldenburgs und ständiger Ausgangspunkt sozialpolitischer Kritik und Aktion geworden, sondern für viele Menschen auch ein Ort alternativer Vergesellschaftung.

Während die radikalen Erwerbslosen- und Jobberinitiativen, die jegliche Staatsknete abgelehnt haben, weitgehend von der politischen Bildfläche verschwunden sind, viele andere wegen mangelnder personeller Beteiligung aufgegeben und weitere sich in angepasste Beschäftigungsprojekte verwandelt haben, hat sich der politische Balanceakt der ALSO zwischen Autonomie und öffentlicher Förderung trotz aller Krisen und schwierigen Auseinandersetzungen bewährt.

In Frankreich hat die Erwerbslosenbewegung mit aktiver Unterstützung von Intellektuellen, Künstlern und Wissenschaftlern zum Ende der 1990er Jahre eine spektakuläre Radikalität erreicht: Autobahnen werden blockiert, es gibt Massendemonstrationen, in Supermärkten wird umsonst eingekauft, Luxusrestaurants werden leergegessen. Es geht konkret um nicht mehr als Weihnachtsbeihilfen, aber allgemein geht es um Menschenwürde, Existenzsicherung und Lebensperspektiven.

Ein wenig von dieser Radikalität und kämpferischen Stimmung kommt auch nach Deutschland herüber – zumindest nach Oldenburg...

An den bundesweiten monatlichen Aktionstagen 1998 besetzt die ALSO das Arbeitsamt, die Deutsche Bank, Mercedes Rosier und kauft umsonst im Plus-Markt ein. Doch solch radikale Aktionen bleiben in Deutschland eher die Ausnahme, und statt mit solidarischer Unterstützung reagiert die deutsche Elite bis auf wenige Ausnahmen innerlich erleichtert und äußerlich mit Spott und Häme auf die braven und angepassten Arbeitslosen.

Die Kommunalwahlen 2001 bringen eine SPD-FDP-Ratsmehrheit und den Sozialdemokraten Dietmar Schütz als OB, der den radikalen Wechsel sozialdemokratischer Sozialpolitik auch in Oldenburg durchsetzen will.

## IV. 2002 – 2006: „Hartz IV"

**Der gesellschaftliche Hintergrund**

Weltweit hat der 11. September 2001 eine Zäsur gesetzt, und unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung betreiben die USA eine agressiv-militärische Sicherung ihres Zugriffs auf Öl- und Gasvorräte in der ganzen Welt. Der ungebremste Rohstoffverbrauch der großen Industriestaaten und schnell

wachsenden Ökonomien Chinas und Indiens stößt nicht nur auf die endlichen Vorräte fossiler Energien, sondern auch auf den Widerstand der islamischen Gesellschaften, die sich dem Diktat westlicher Hegemonievorstellungen nicht unterwerfen wollen.

Diese jüngste Phase steht unter dem Zeichen sich zuspitzender internationaler Konflikte um begrenzte Rohstoffreserven, eines bedrohlichen Klimawandels und kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen.

Die weiter expandierende kapitalistische Marktwirtschaft scheitert zunehmend an ihrem ideologischen Anspruch, bessere Lebensbedingungen für alle Menschen auf der ganzen Welt zu schaffen. Krieg, Hunger und Elend, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung nehmen zu.

In Deutschland werden 2002, für viele doch überraschend, die Sozialdemokraten wieder gewählt. Schwerpunkt dieser Phase ist der Umbau der Arbeitsmarktpolitik. Seit seiner Umsetzung 2005 ist Hartz IV zum Symbol geworden für die Prekarisierung der gesamten Lebensverhältnisse, für massiven Lohnabbau und steigenden Arbeitsdruck, für unsichere Lebensperspektiven, wachsende Verarmung und Ausgrenzung.

**Die ALSO und die Sozialbewegungen**

Um die Jahrtausendwende rückt im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kindergeldes die wachsende Kinderarmut in den Blickpunkt der sozialpolitischen Auseinandersetzungen. ALSO und DONNA beteiligen sich an einer bundesweiten Kampagne für die Nichtanrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe. Schließlich wird wenigstens die Erhöhung des Kindergelds von 20 DM nicht angerechnet. In Oldenburg gelingt es, die Pauschale für den Schulranzen bei Ersteinschulung von 50 auf 80 DM zu erhöhen.

Im Jahr 2002 streichen SPD und FDP die kommunale Förderung für DONNA und ALSO und weitere soziale Einrichtungen in Oldenburg. Protestveranstaltungen, breite Bündnisse, Podiumsdiskussionen und eine große und bunte Demonstration am 7. September können nicht verhindern, dass OB Schütz sich als alleinbestimmender Modernisierer in der SPD Fraktion eisern durchsetzt.

Ab 2003 stehen die Auseinandersetzungen ganz im Zeichen der Hartz-Gesetze. Die ALSO organisiert rund um den 1. Mai 2003 Protesttage gegen den Sozialabbau.

Nie zuvor hat es eine so breite Massenbewegung gegen Sozialgesetzgebungen gegeben wie gegen Hartz IV. Selbst in vielen Städten in Westdeutschland gehen im Herbst 2004 Tausende über mehrere Wochen jeden Montag auf die Straße, um Hartz IV zu verhindern. Es entstehen allerorten neue Erwerbsloseninitiativen, aber Hartz IV wird, zwar mit kleinen Abmilderungen, Anfang 2005 durchgedrückt.

Der Protest bröckelt schnell. An den Montagsdemos beteiligen sich immer weniger Menschen. Schon kurz nach Einführung von Hartz IV Anfang 2005 sind Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbände nicht mehr bereit, eine gemeinsame Front gegen die massenhafte Einführung von Ein-Euro-Jobs in Oldenburg mitzutragen und lassen die ALSO mit ihrer Forderung allein im Regen stehen.

In den folgenden Jahren ist die ALSO mit Aufklärung, Schulungen und Sozialberatungen zum Thema Hartz IV mehr als ausgebucht – in der Praxis erweist sich das neue Recht mehr als erwartet als menschenunwürdige und demütigende Verarmungs- und Ausgrenzungsmaschinerie.

Darüberhinaus sind einige Aktive der ALSO ab 2004 intensiv mit der Sanierung des neuen ALSO-Zentrums in der Donnerschweer Str. 55 beschäftigt.

Und durch die Streichung der kommunalen und Landesfördermittel muss die Kofinanzierung für die ESF-Mittel aus anderen Quellen organisiert werden.

In Oldenburg nimmt die Auseinandersetzung um das ECE viel Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Bei den Kommunalwahlen 2006 lösen sich an dieser Frage alte Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat auf und OB Schütz wird überraschend abgewählt.

Trotzdem schafft es die ALSO, in den Jahren 2005 und 2006 das Thema Kinderarmut wieder in die öffentliche Diskussion zu bringen und schließlich den Schulmaterialfonds für das Jahr 2007 durchzusetzen.

Eine Haushaltsmehrheit aus SPD, FDP, WFO und Linken setzt erstmals seit 5 Jahren wieder soziale Akzente wie die Einrichtung des Schulmaterialfonds, die Ausweitung des Oldenburg Passes und die Förderung der ALSO mit 50.000 Euro für 2007.

ALSO

# "Zahltag!" für die Kölner ARGE

## Zweitägige Besetzung erzwingt Barauszahlung in 13 "Fällen"

Die Stimmung war wie erwartet: aufgeheizt. Wie immer zu Monatsanfang laufen auch am 1. Oktober Hunderte von genervten bis wütenden Erwerbslosen auf den Fluren der ARGE ihrem Arbeitslosengeld II hinterher – dem Geld, das ihnen zum Monatsende gar nicht oder nur zum Teil überwiesen wurde. Die Kürzungen und Streichungen, die wiederholt falschen Leistungsbescheide und das Ignorieren und Verschleppen von Anträgen und Widersprüchen haben System. Dies sind keine Kinderkrankheiten einer komplexen Systemumstellung unter Hartz IV, das ist die ausgereifte Schikane eines kranken Systems, das versucht, Leute aus dem Bezug von menschenunwürdig niedriger Sozialleistung herauszugängeln.

Beileibe keine neue Erkenntnis sondern alltägliche Praxis der ARGE gegenüber den Erwerbslosen, die hier heute Morgen Schlange stehen. Sie haben schon lange die Schnauze voll. Und doch ist es heute anders als sonst.

Auf allen 14 Etagen der Kölner Arbeitsagentur Mitte lungert Bereitschaftspolizei herum, im Eingangsbereich wartet ein massives Aufgebot. Zahlreiche Transparente verkünden: „Heute ist Zahltag!". Dafür wurde bereits im Vorfeld mit 10 000 verteilten Flugblättern an den Kölner ARGEn geworben. Im Großzelt gibt es Frühstück und Musik. Auf einmal drängen von drinnen und draußen viele Leute ins Foyer der ARGE. Eine Lautsprecheranlage lädt zur „Vollversammlung". Die improvisierte Beratungsstelle von Tacheles e.V. Wuppertal eröffnet und die Idee des sogenannten „Begleitservice" wird erläutert: Erwerbslose setzen heute und morgen gemeinsam die Auszahlung ihrer Kohle oder andere Forderungen durch.

### Auszahlungen kollektiv durchgesetzt

Niemand spricht von Besetzung und doch ist irgendwie klar, dass die Leute hier nicht so ohne weiteres wieder gehen. Das befürchtet auch der stellvertretende Leiter der Arbeitsagentur und will sofort räumen lassen. Trotz massiver Übergriffe durch die Polizei, bei denen zwei Leute vorübergehend festgenommen werden, ist die Menge entschlossen zu bleiben – jetzt erst recht!

Und trotz des Versuchs, der zahlreich vertretenen Presse gleich ein Hausverbot zu erteilen, scheut die ARGE-Leitung offenbar weitere unschöne Bilder und zieht ihre „Kettenhunde" zurück. Das zentrale Foyer ist nun für zwei Tage Veranstaltungsraum der Erwerbslosen und anderer Hartz-IV-GegnerInnen. Die Aneignung dieses „öffentlichen" Raums unmittelbar am Ort der Auseinandersetzung hat nicht nur Symbolgehalt, sondern trägt wesentlich zur Vermittlung und Kollektivierung der praktizierten Gegenwehr bei.

Es folgen verschiedene Veranstaltungen zu Widerstandsmöglichkeiten gegen die Schikanierung durch Ein-Euro-Jobs und Hausbesuche, zu den Strategien des Profilings und dem Zwang zur Selbstunterwerfung innerhalb des derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Umbaus, ein zynisches Sanktionierungs-Quiz, das ARGE-intern zur Schulung der Mitarbeiterinnen verwendet wird. Die Gruppe Bundeswehr-Wegtreten stellt Möglichkeiten vor, den Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr hier am Arbeitsamt entgegenzutreten und lädt zum Bundeswehr-/ARGE-Versenken nach Vorbild des Klassikers „Schiffe versenken" ein. Eine Veranstaltung zur aktuellen Situation der in Nordhausen kämpfenden Bike-Systems-Belegschaft zeigt eindrücklich, wie Gegenwehr und Solidarität für die (noch) arbeitenden Bevölkerungsteile im Kampf gegen den breiten sozialen Angriff von oben aussehen kann und was die einzelnen Auseinandersetzungen miteinander zu tun haben.

Obwohl die Polizei eine kleine Treibjagd durch die ARGE veranstaltet, bekommt der als besonders eifriger Drangsalierer bekannte Mitarbeiter Dieter Berns (Zimmer 561) die Auszeichnung des „A des Monats". Er selbst wagt sich jedoch nicht aus dem Büro. Eine andere größere Besucherinnengruppe steht bei ihrer Exkursion zur Sozialschnüffelabteilung in der rechtsrheinischen ARGE Mülheim vor verschlossenen Türen. Wir wissen nicht, ob alle acht Schnüfflerinnen des „Bedarfsermittlungsdienst" zu Hausbesuchen ausgeflogen sind, oder ob sie angesichts der gehäuften Aktionen gegen sie für diese beiden Tage präventiv Urlaub erhalten haben.

Neben der Nonstop-Beratung hat der selbst organisierte „Begleitservice" alle Hände voll zu tun. Trotz des Versuchs der Polizei, Gruppen an der Bewegung in der ARGE außerhalb des besetzten Foyers zu hindern, konnte sich das Begleitteam per Funk auf den jeweiligen Etagen immer wieder versammeln, um mit den Begleiteten am „Frontoffice" vorbei direkt zu den entsprechenden Sachbearbeiterinnen vorzustoßen. Die Bilanz der zweitägigen Aktion ist beeindruckend: Insgesamt waren alle 20 Erwerbslosen, die die Begleitung in Anspruch genommen haben, mit ihren Anliegen erfolgreich. In den 13 „Fällen", in denen es um zuvor verweigerte Leistungen beziehungsweise die Auszahlung eines fehlenden Betrags ging, konnte die Auszahlung sofort und in bar erzwungen werden. In weiteren Fällen wurde die Herausgabe von angeblich nicht auffindbaren Bescheiden erwirkt, falsche Berechnungen wurden korrigiert, zu Unrecht erhobene Daten aus den Akten gelöscht und die Bearbeitung der Fälle von in Zermürbungstaktik mehrfach abgewiesenen Personen wurde durchgesetzt. Sichtlich begeistert stellten die Begleiterinnen ihre Ergebnisse der abschließenden Vollversammlung am Dienstagnachmittag vor und kündigten an, diese Arbeit im November fortsetzen zu wollen.

**Rege Beteiligung von unorganisierten Erwerbslosen**

Die rege Beteiligung von etwa 150 Erwerbslosen, die sich an diesen Tagen den Aktionen angeschlossen haben und die Selbstverständlichkeit, diesen Ansatz von kollektiver Gegenwehr auch gegen ein massives Polizeiaufgebot durchzusetzen, machen uns Mut und bestätigen uns in der Überzeugung, dass auch hierzulande soziale Rechte nicht erbettelt, sondern erkämpft werden. Anders als bei der Belagerung der Arbeitsagenturen zur Aktion „Agenturschluss" im Januar 2005 ist es mit dem „Zahltag" gelungen, gemeinsam mit nicht-organisierten Erwerbslosen Widerstand zu leisten und ganz unmittelbare Forderungen erfolgreich durchzusetzen.

agenturschluss, 4. Oktober 2007

# Schluss mit ARGEn Schikanen!

## Zum zweiten "Zahltag!" in Köln

Heute fand zum zweiten Mal in Köln der Aktionstag „Zahltag!" gegen ARGE-Schikanen der Intitiative „agenturschluss" statt. Bereits um 7.00h in der Frühe fanden sich zahlreiche AgenturschließerInnen ein, um den systematischen schikanösen Praktiken der ARGE gegen BezieherInnen von ALGII mit dem Aktionstag entschlossen entgegenzutreten. Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag auf den entwürdigenden Praktiken vor Ort, z.B. im Kölner Modellprojekt „DiMa". Unter Rückgriff auf die Erfahrungen des letzten „Zahltags!" im Oktober wurden durch gegenseitige und entschlossene Begleitungen von durch ARGE-Schikanen Betroffenen bislang vorenthaltene Rechte und Forderungen gegenüber der ARGE unmittelbar durchgesetzt. [...]

Inhaltlicher Schwerpunkt des „Zahltags!" war diesmal die „DiMa", das sogenante „Disability Management", der ARGE Köln. In diesem Pilotprojekt wird ein weiterer Schritt der Entwürdigung, Entrechtung und Entmündigung von Erwerbslosen deutlich – und das Menschenbild, das hinter HartzIV steht. Die „DiMa" ist eben jene Abteilung, in der Erwerbslose, denen eine Sonderbehandlung erteilt werden soll, verwaltet und bearbeitet werden. Grundlage einer „Überweisung" an die „DiMa" ist die persönliche Stigmatisierung durch eineN FallmanagerIn, nach der Erwerbslose als körperlich, geistig, seelisch oder sozial „behindert" eingestuft werden, so dass eine „Behandlung" der betroffenen Person (und damit auch möglicherweise deren Abschieben in die Grundsicherung und so das Verschwinden aus dem ALGII-Bezug und den Arbeitslosenstatistiken) empfohlen wird. Die Selbsteinschätzung der betroffenen Erwerbslosen ist dabei unerheblich – diese könnte ja, so die häufige Unterstellung der FallmanagerInnen, auf mangelnder „Krankheitseinsicht" beruhen. Von den Schreibtischen der „DiMa" aus werden Erwerbslose dann, immer unter Androhung von Leistungsentzug, an der „DiMa" angegliederte (zwangs-)"therapeutische" Projekte und Erziehungsmaßnahmen wie z.B. „Jobpromote", das u.a. vom Verein „Zug um Zug e.V." umgesetzt wird, weitergeleitet. Hier werden Erwerbslose ein weiteres Mal zunächst zur einträchtigen Bezugsquelle der Trägervereine. Zunächst werden beliebig persönliche Daten wie Angaben zu Gewohnheiten, Sexualität, Sozialverhalten und sonstigen Vorlieben erpresst und verwertet, in einem 2. Schritt werden die Betroffenen wieder einmal zu billigsten Arbeitskräften zunächst in einem 1€-Job, dann für 2 Jahre im Niedrigstlohnbereich gemacht – getarnt als Dauerbetreuung von „Kranken" durch Arbeit. [...]

„Vom Gefühl her sind uns die ARGE-SachbearbeiterInnen mit der Geldkarte förmlich entgegengekommen", sagte einer der Begleiter überrascht. Es scheint, als hätte die Leitung der Kölner ARGE aus den Erfahrungen des letzten „Zahltags!" gelernt und bereits im Vorfeld ihre SachbearbeiterInnen angewiesen, entgegen der Alltagspraxis an den ARGEn den berechtigten Forderungen von Erwerbslosen ausnahmsweise nachzukommen, um so jeder möglichen Störung und jedem Aufsehen auszuweichen – Presse-Photos wie die prügelnder Polizeibeamter im ARGE-Gebäude beim letzten „Zahltag" sollten diesmal offenbar vermieden, die alltägliche schikanöse Behandlung von Erwerbslosen nicht öffentlich werden. [...]

Die heutige deeskalative Strategie der ARGE-Leitung, zu der auch deren zurückhaltender Rückgriff auf den Einsatz der Bereitschaftspolizei passt, ist ein Hohn angesichts der Verhältnisse, die vermutlich bereits morgen schon wieder auf den Fluren und hinter den Schreibtischen der ARGE herrschen werden – weder das geheuchelte „Zuvorkommen" der ARGE-Leitung noch die zugestandenen und nach Einforderung „korrigierten" Fehler durch dahingehend angewiesene ARGE-MitarbeiterInnen werden uns und viele andere Betroffene davon abhalten, unsere Gegenwehr und unsere Proteste am Ort des Vollzugs von HartzIV weiterzuentwickeln und zu verstetigen. Konzeptueller Bestandteil des „Zahltags!" ist und bleibt, den Betriebsablauf in den ARGEN und damit einen zentralen Bestandteil des HartzIV-Zwangssystems nicht etwa reibungsloser zu gestalten, sondern zu stoppen, bis wir alle zu einem würdigen und selbstbestimmten Alltag finden können.

agenturschluss, 3. Dezember 2007

# Aneignung als Begriff und Praxis ...

## ... und ihr Verhältnis zu antifaschistischer/antirassistischer Arbeit

Seit etwas mehr als einem Jahr wird bei FelS über Aneignung diskutiert. Aneignung ist für uns gleichzeitig politischer Begriff und politische Praxis. Ausgangspunkt unserer Auseinandersetzung mit Aneignung war das Bestreben, revolutionäre Politik beim Namen nennen zu wollen und uns gleichzeitig im Kampf gegen die aktuelle Enteignungspolitik neue substanzielle Begriffe zu erschließen bzw. anzueignen. Dies sollten Begriffe sein, die weder geschichtlich belastet oder postmodern gewendet, noch durch inflationären Gebrauch entwertet sind. Der Begriff „Aneignung" soll schwer Vorstellbares fühl-, denk- und sagbar machen. Konkret heißt das: Neue Politikformen statt Aufkochen alter Konzepte. Schaffung eines neuen Konsensbegriffs für die überall auf der Welt geführten Kämpfe gegen die kapitalistische Ordnung. Oder, wie es die Hamburger Umsonst-Kampagne formuliert: „Der Logik von Kapital und Verwertung soll die Exzessivität der subjektiven Bedürfnisse entgegengesetzt werden." Seit einiger Zeit hat sich die Diskussion um die Idee und die mögliche Praxis der Aneignung auf andere Politikbereiche ausgedehnt. An dieser Stelle soll das Verhältnis Aneignung und antirassistische/antifaschistische Arbeit erörtert werden. Im folgenden Text steht vor allem die Frage nach Nutzen und Nutzbarkeit von Begriff und Konzept „Aneignung" im Mittelpunkt. Unsere Überlegungen widmen sich den taktischen, aktionistischen und analytischen Dimensionen von Aneignung. Taktik Aneignung – Strategie Aneignung Im Frühjahr 2003 wurde die Formulierung „Aneignung" in die Debatte um die Möglichkeiten sozialen Widerstands eingebracht, um der links-sozialdemokratischen Bettelei um Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum einen kämpferischen, selbstbewussten Begriff entgegenzustellen. Dies hatte vor allem taktische Bedeutung, stand hinter dem neuen Begriff zu diesem Zeitpunkt doch noch keinerlei Praxis. Mittlerweile hat die Diskussion um Aneignung aus der bloßen Taktik zumindest ansatzweise eine politische Strategie werden lassen. Sie stellt das kapitalistische Eigentumsverhältnis als Ganzes in Frage, bleibt aber über die radikale Linke hinaus diskursfähig. Zudem gelingt eine Rückeroberung der Formen des politischen Handelns durch die Betroffenen (bzw. die Kämpfenden) – Aneignung ist eben nicht Sache von Parteien oder Gewerkschaften, sondern vor allem eine Entscheidung des/der Einzelnen, auch wenn diese sich idealer Weise zusammenschließen und kollektiv agieren. Zu einer Strategie wurde Aneignung aber auch durch die kritische Reflexion der vergangenen und der aktuellen linken Politik. Aneignung bietet eine Chance zur Veränderung der ritualisierten Aktionsformen und besitzt das Potenzial, Menschen wieder für politisches Engagement zu begeistern.

**Aneignung als Praxis**

Die Praxis der Aneignung setzt nicht so sehr (richtiges) Bewusstsein voraus, sondern vielmehr die Absicht, sich irgendwie gegen die alltäglichen Zumutungen zu wehren. Das umfasst bei-

spielsweise Probleme mit Lohnarbeit, Mobilität, mit der eigenen Existenzsicherung, dem Gesundheitssystem, Sexualität etc.; Probleme vor denen wir alle stehen und deren Lösung in der Regel nicht kollektiv gesucht wird. Aneignung ist ein Konzept der aktiven Intervention. Sie beschränkt sich nicht auf die Kritik an der momentanen Situation. Stattdessen weist Aneignung mit ihrer spezifischen Praxis über die Grenzen üblicher politischer Arbeit hinaus.

Erste Bemühungen, eine kollektive Praxis der Aneignung mit einer politischen Strategie der Aneignung zu verbinden und beides auch taktisch zu nutzen, spiegeln sich in der Kampagne „Berlin umsonst" wieder. Sie stellt allgemeine Bedürfnisse und Wünsche – also auch die eigenen - in den Mittelpunkt. Der „Sachzwang-Debatte" wird die abstrakte Forderung nach einem „schönen Leben" entgegengesetzt. Alltägliche (private) Regelverstöße wie Schwarzfahren, CD-Brennen, Kaufhaus-Klau etc. erhalten als kollektive Aktion politische Bedeutung.

**Aneignung weltweit**

Schon zu Beginn der Diskussion um Aneignung wurde immer wieder auf die Gemeinsamkeiten der sozialen Kämpfe in allen Teilen der Welt hingewiesen. Dabei stellte sich heraus, dass mit dem Begriff „Aneignung" eine wesentliche Grundlage politischer und sozialer Kämpfe, egal in welchem Land, zu beschreiben ist: das gemeinsame Bemühen um die Verbesserung der Lebenssituation. Dass dieses Bemühen in Mitteleuropa und in den Ländern des Südens hinsichtlich des Ausgangsniveaus, des Konfrontationsgrades und der Formen komplett verschieden ist, nimmt den Kämpfen hier wie dort nicht ihre Bedeutung. Politische Arbeit hier muss sich nicht zum entscheidenden Kampf im „Herzen der Bestie" hochstilisieren, noch sollte die Berechtigung der eigenen grundlegenden Bedürfnisse mit dem Verweis auf den „Hunger in Afrika" in Frage gestellt werden. Es geht schlicht darum, vor Ort aktiv zu werden und den Blick für Zusammenhänge mit anderen Aneignungskämpfen zu gewinnen statt ihn durch „Realpolitik" zu verlieren. Aneignung bedeutet auch, sich selbst zu ermächtigen und geschichtliches Subjekt zu sein. Das kann durchaus emanzipierend wirken. Emanzipation ist ohne die Teilnahme und Teilhabe an politischen Auseinandersetzungen nicht zu haben - Aneignung bietet hierzu die Möglichkeit.

**Zauberwort „Aneignung"**

Der Begriff „Aneignung" muss weiter diskutiert und – will man ihn verwenden – kontextualisiert werden. Er taugt jedenfalls nicht als Patentlösung für linke Konzeptlosigkeit. Raubkopieren von CDs ist an sich noch keine politische Aktion, die Aneignung von Räumen durch Nazis nicht als Schritt zur Emanzipation zu feiern. Genauso wenig ist die Verwendung des gleichen Begriffs für hiesige und für Trikont-Kämpfe Ausdruck von Revolutionsromantik oder gar von Ignoranz gegenüber den Bedingungen in den so genannten armen Ländern. Strategie und Praxis der Aneignung sind für uns nicht von der Auseinandersetzung mit den Ursachen von Armut

und Diskriminierung zu trennen. Der Weg zum politischen Denken sollte allerdings bei frecher kollektiver Aneignung beginnen können.

**Antifaschistische Arbeit und Aneignung**

Viele Aktionsarten antifaschistischer Arbeit sind originäre Formen von Aneignung. Präsenz zeigen, Plakatieren, Sprühen, Outen von Nazi-Kadern oder –Schlägern beinhalten auch immer die Sicherung des eigenen Lebensumfeldes. Dennoch ist zu fragen, welche Aktionsformen nach dem „Antifa-Sommer", der Einrichtung zahlreicher Programme gegen „Fremdenfeindlichkeit", stärkerer Repression gegenüber Nazis und ihren Organisationen etc. noch zeitgemäß sind. Es kann nicht mehr darum gehen, auf die Existenz von Nazis und Rassismus aufmerksam zu machen, sondern darüber hinaus zu gehen. Dies gelingt durch die Verbindung aus Antifa und Antirassismus. Antifaschistische Arbeit erhält nur durch die Verschränkung mit aktivem Antirassismus politische Brisanz, denn sie schließt so die Kritik der auf Ausschluss der Nicht-Verwertbaren basierenden gesellschaftlichen Zustände auf Ernst zu nehmende Weise in die politische Praxis ein. Gleichzeitig ist der Begriff Aneignung für die antifaschistische Arbeit selbst zu erweitern und als Mittel zur Politisierung zu begreifen. Das heißt nicht, zu Recht vergessene Konzepte („Revolutionärer Antifaschismus") wiederzubeleben oder Antifa zum Lebensstil zu erheben, sondern beispielsweise über die Verbindung klassischer Antifa-Politik mit Ansätzen linker Bildungsarbeit nachzudenken. Was damit gemeint ist, lässt sich gut anhand der Arbeit der „Bildungsoffensive" in Brandenburg erklären: Abstraf-Demos der Metropolen-Antifas wie in Potzlow oder Bernsdorf und „Feuerwehreinsätze" wurden als politisch falsch, aus praktischer Sicht als kontraproduktiv und gemessen am eigentlichen strategischen Ziel als unbefriedigend empfunden. Die „Bildungsoffensive" setzt dagegen bei den linken und alternativen Jugendlichen in den brandenburgischen Kleinstädten an, unterstützt sie beim Kampf um selbstverwaltete Räume und beim Aufbau einer lokalen Vernetzung. Hierbei wird von den Lebensrealitäten der Jugendlichen ausgegangen - statt von der letzten Diskurs-Mode der Hauptstadt. Mit einigem Erfolg: Heute gibt es in Brandenburg in zahlreichen Städten linke Gruppen und Projekte, die sich untereinander kennen und sich gegenseitig mit Know-how und Technik unterstützen. Auf Hilfe aus Berlin sind viele der Städte nicht mehr angewiesen. Ein weiteres Beispiel für die Anwendung des Aneignungsbegriffes auf die antifaschistische Praxis ist die seit Anfang des Jahres laufende Kampagne gegen die NPD-Zentrale und den Abschiebeknast in Berlin-Köpenick. Sie bemüht sich um eine Verknüpfung der allgemein konsensfähigen Ablehnung von NPD und Nazi-Aktivitäten mit der politisch herausfordernden Thematisierung von staatlichem Rassismus.

**Antirassismus und Aneignung**

Aneignung auch mit Antirassismus zu verbinden verlangt vor allem die Beschäftigung mit der Lebensrealität von MigrantInnen, denn hierbei geht es vor allem um die Unterstützung von deren Aneignungskämpfen. Unmittelbar politische Hilfestellung bieten eher traditionelle Projekte wie die „Medizinische Flüchtlingshilfe" und Gutscheintausch-Initiativen. Ihnen ist trotz des karitativen Anscheins die politische Bedeutung nicht abzusprechen, denn sie setzen die Forderung nach Solidarität im Alltag um. Diese Ansätze haben nicht paternalistische bürgerliche Nächstenliebe zur Grundlage, sondern setzen die Autonomie der Einzelnen und deren Recht auf Existenzsicherung, Gesundheit, Bildung und Mobilität voraus. Antirassistische Aneignung ist also in erster Linie eine Praxis der MigrantInnen selbst. Sie setzen Aneignung in ihrem Kampf um Bewegungsfreiheit, um Zugang zu öffentlichen Gütern, für Bargeld statt Sachleistungen usw. praktisch um. Dass diese Formen der Aneignung nicht immer deckungsgleich mit unseren politischen Vorstellungen sind, muss akzeptiert werden. Für linksradikale Antirassismus-Gruppen bleibt Aneignung dennoch der Kampf um ein anderes Gesellschaftsmodell, das frei von Diskriminierung und Rassismus ist. Die Spannbreite der möglichen Aktivitäten reicht von der Einzelfallbetreuung bis hin zu Grenzcamps oder Kampagnen gegen die Residenzpflicht.

Trotz dieser Widersprüchlichkeit kann Aneignung dennoch als Bindeglied fungieren. Mit Aneignung sind die Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Kämpfe begrifflich zu fassen; Aneignung in der Praxis heißt, nicht zu betteln, sondern zu nehmen. So bietet zum Beispiel das Thema „Mobilität" im Sinne einer kollektiven Aneignung die Möglichkeit, konkrete Forderungen der Flüchtlingsorganisationen – Schluss mit rassistischen Kontrollen, Aufhebung der Residenzpflicht - mit konkreten Forderungen linker Gruppen – Abbau von Überwachungskameras, kostenlose Verkehrsmittel für alle zu verbinden. Der Kampf um das Recht auf unkontrollierte Bewegung im öffentlichen Raum als abstraktes Ziel verbindet hier linksradikale Politikformen und die Kämpfe der MigrantInnen.

FelS, Antifa/Antira AG

Entnommen aus der arranca! Nr. 30

# UEBERFLUESSIGE EHREN WIRTSCHAFTSVERTRETER

Am 6.12.07 besuchten etwa ein Dutzend Überflüssige den Wirtschaftstalk mit Lothar Späth auf der Nordwestmesse („Business Plus") in Oldenburg. So genannte regionale Wirtschaftsgrößen talkten hier fleißig zur wirtschaftlichen Entwicklung in Nordwestdeutschland. Zugegen waren „Experten" von Unternehmen wie EWE, VW, Bünting, sowie die LzO. Die Rolle des Moderators übernahm der Unternehmensberater und frühere Ministerpräsident Baden-Württembergs Lothar Späth.

Die gesprächige Runde wurde durch das überraschende Auftauchen der Überflüssigen unterbrochen. Diese nahmen sich die Bühne und konnten auch von den sehr engagierten Securities nicht davon abgehalten werden. Während Flyer verteilt, Konfetti geworfen und auf der Bühne ein Transparent („Kapitalismus ist überflüssig!") ausgerollt wurde, wurde den Anwesenden in einer Rede für ihr kapitalistisches Engagement gedankt. Nachdem die Securities das Megaphon kaputt gemacht hatten, musste die Rede fast am Anfang kurz unterbrochen werden. Der Oberausgrenzer Späth gab sich vor laufenden Kameras diplomatisch und überließ nach einer Aufforderung den Überflüssigen sein Mikro. Als jedoch die rassistischen Äußerungen Späths zur Sprache kamen, die mit einem verwelkten, mit Ketchup verzierten Blumenstrauß honoriert werden sollten, wurde das Mikro abgedreht. Die Überflüssigen ließen sich aber davon nicht abhalten. Nachdem die Rede dann trotzdem weiterging wurden die Securities aggressiv und schubsten und drängten die Überflüssigen von der Bühne. Das Publikum – bestehend aus jung-dynamischen Managertypen – gab durch Applaus und blöde Sprüche ihr Einverständnis mit dem Bestehenden zu erkennen und schlug sich auf die Seite Späths.

Nachdem die Veranstalter die Bullen riefen verließen die Überflüssigen die Veranstaltung des Klassenkampfs von oben genauso plötzlich wie sie erschienen waren.

# DIE ÜBERFLÜSSIGEN TRAGEN TRAININGSANZÜGE, DENN SIE HABEN NOCH VIEL BEWEGUNG VOR SICH!

## Sehr geehrte Groß- und KleinkapitalistInnen,

wir sind heute hier, um Ihnen die Ehrung zukommen zu lassen, die Sie schon lange verdient haben. Ihnen sei Dank, dass im Nordwesten weiterhin soviel Ausbeutung und Arbeitslosigkeit herrscht. Sie haben durch ihre Leistungsbereitschaft maßgeblich dazu beigetragen, die Profite der Unternehmen zu maximieren und gleichzeitig dafür gesorgt, dass der so erzeugte Kuchen auch entsprechend verteilt wird. Durch Rationalisierungen waren sie nicht nur - im Übrigen erfolgreich - bestrebt, weniger Menschen zumindest minimal durch ihren Lohn an dem Reichtum teilhaben zu lassen. Nein, Sie haben es tatsächlich vermocht, den meisten gar nichts von dem Kuchen abzugeben und ihnen so die Möglichkeit gegeben, ihren individuellen Platz in der Arbeitslosigkeit oder dem Niedriglohnsektor finden zu lassen. Dafür wollen wir Ihnen danken.

Einer von Ihnen, liebe Groß- und KleinkapitalistInnen, hat sich aber immer schon ganz besonders darin hervorgetan, dass der produzierte Reichtum auch gerecht verteilt wird. Herr Lothar Späth, mit Ihrer Weitsicht haben sie schon vor nun mehr 25 Jahren, also 1982 als Sie noch Ministerpräsident Baden-Württembergs waren, mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass „unser" Reichtum auch an deutschen Grenzen gegen die vom Reichtum Ausgeschlossenen verteidigt werden muss. Damals sagten Sie im Wortlaut: „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren, kommt nicht nach Baden-Württemberg, da müsst ihr ins Lager." Für ihr besonderes rassistisches Engagement haben wir zusammengeschmissen und diesen Blumenstrauß organisieren können.

Vielleicht haben Sie schon mal einen schöneren in Ihrem Leben gesehen, doch als Überflüssige hat es zu einem prunkvolleren leider nicht gereicht. Dabei hätten Sie es doch so sehr verdient. Immerhin sind Sie mitverantwortlich dafür, dass in dieser Gesellschaft Menschen zu Überflüssigen gemacht werden – so wie wir, einige die hier sitzen und viele die heute nicht kommen konnten.

Überflüssige? Das sind Erwerbslose, deren Rechte weiter beschnitten werden, sie sind Insassen des Abschiebelagers Blankenburg, wo sie Isolation, Diskriminierung und Perspektivlosigkeit ausgesetzt werden, sie sind Flüchtlinge, die durch Entrechtung, Rassismus und Ausbeutung sozial ausgegrenzt werden, sie sind allein erziehende Frauen, die in Niedrigstlohnjobs gedrängt werden, sie sind die Alten, die ihre Winterschuhe beim Sozialamt erbetteln müssen, sie sind die Kranken, denen 10 Euro Praxisgebühr fehlen.

Aber wenn Sie jetzt mit Ihrer großen Bescheidenheit darauf verweisen, dass nicht Sie sondern Systemzwänge Ihr Handeln bestimmen, haben Sie damit nicht ganz Unrecht. Nur ist es doch so, wenn keine Menschen mehr Funktionen wie die von Ihnen übernehmen, dann wird endlich der Kapitalismus überflüssig und nicht mehr wir.

**Alles für alle!**
**Kapitalismus überflüssig machen!**

**Überflüssige Oldenburg**
**www.ueberfluessig.tk**

# Von rumänischen und römischen Roma

## Rassismus und nationale Identität

Auf der einen Seite **Italien**: Nachdem ein in Rom lebender rumänischer Rom (männliche Einzahl von Roma) Ende Oktober eine Römerin erst vergewaltigt und anschließend erschlagen hat, spinnt sich ein rumänInnenfeindlicher Diskurs, in dem der Ruf nach Abschiebungen innerhalb der EU laut wurde, der in Pogromen und Räumungen mündete, die einige der Elendsviertel vor den Toren Roms ausradierte.

Auf der anderen Seite **Rumänien**: Die Antwort auf die italienische Feindschaft ist der Vorwurf, die ItalienerInnen würden nicht richtig differenzieren. Die „ehrlich arbeitenden", „echten" Rumänen seien doch das genaue Gegenteil der ‚zu Recht' angefeindeten Roma. Diese will der rumänische Außenminister am Liebsten in der ägyptischen Wüste internieren, um sie zu „schwerster Arbeit" zu zwingen.

# Italien: Von Abschiebungen innerhalb der EU und dem italienischen Volksmob

*„Bis Anfang Dezember wurden dann insgesamt 200 Menschen aus Italien nach Rumänien abgeschoben."*

Am 30. Oktober wurde der 24jährige Rumäne Nicolae Romulus Mailat angeklagt, an einer Bahnstation eine 47jährige Italienerin überfallen, vergewaltigt und mit einem Stein totgeschlagen zu haben. Nachdem das Opfer einige Tage im Koma gelegen hatte, erlag sie ihren Verletzungen. Bisher gestand Mailat nur ein, sie überfallen und ausgeraubt zu haben. Dass er dieses brutale Verbrechen begangen hat, scheint sehr wahrscheinlich, ist jedoch für mich weniger interessant als die Tatsache, dass dies als Anlass benutzt wurde, ein antirumänisches Spektakel in Italien einzuläuten. Dieses Spektakel mündete dann in Pogromen, die sich besonders gegen Roma richteten, obwohl sich die Aggression des neofaschistische Volksmobs wenig ‚differenziert' gegen alle osteuropäischen Männer richtete, die in den Elendsvierteln um Rom leben. Es sind jedoch nicht nur die neofaschistischen Volksmobs, die die Barackenviertel und ihre BewohnerInnen angreifen und zerstören. Vor allen Dingen ist es die Polizei, die die Roma durch Kontrollen schikaniert und ganze Viertel systematisch räumt. Gepaart mit akribischen Kontrollen der Autos und der Unterkünfte sorgen die Bullen dafür, dass die Viertel geleert werden. Danach werden sie einfach dem Erdboden gleich gemacht. Was mit den BewohnerInnen geschieht bleibt unklar. Die italienische Polizei plant nun neben einer repressiven Romavolkszählung weitere Umsiedlungsmaßnahmen und natürlich vermehrt Abschiebungen durchzuführen.

Der Bürgermeister von Rom und Generalsekretär der neuen Demokratischen Partei Walter Veltroni, der als möglicher Nachfolger Prodis gehandelt wird, hat sich durch das Ausrufen des „Rumänen-Notstands" besonders hervorgetan. Zwar hat er nicht – wie etwa Berlusconi – die sofortige Ausweisung aller RumänInnen gefordert, dafür heizte er die hetzerische Stimmung jedoch ebenso an. Er machte die RumänInnen für 75% der Straftaten verantwortlich und behauptete, dass vor dem Beitritt Rumäniens zur EU Rom die sicherste Stadt der Welt gewesen sei. „Der rumänische Zustrom ist unerträglich." Mit dieser ‚Argumentation' konnte er dann auch dazu beitragen, dass die Regierung ein Gesetzesdekret erließ, das den Kommunen ermöglicht, EU-BürgerInnen abzuschieben, die die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden" (Romano Prodi).

Dieses Dekret wurde übrigens auch von der an der Regierung beteiligten kommunistischen Linken mitgetragen. Dass das Dekret im Nachhinein noch entschärft werden soll, ist ihnen allerdings nicht zuzurechnen, sondern vielmehr der Europäischen Kommission, die die Richtlinie der innereuropäischen Freizügigkeit durch die zum Beispiel auch von dem Präsidenten der faschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Fini geforderten Massenabschiebungen der „nicht integrierbaren Elemente" gefährdet sieht. Die Entschärfung besteht allerdings nur darin, dass die Präfekten einer Kommune für eine Ausweisung eine individuelle Begründung und eine gerichtliche Entscheidung benötigen. Bis zum 4. November waren schon einige RumänInnen aus Mailand, 17 aus Genua und 3 aus Rom abgeschoben, weitere italienische Städte hatten schon Abschiebungen beantragt. Bis Anfang Dezember wurden dann insgesamt 200 Menschen aus Italien nach Rumänien abgeschoben. Der von der rechtspopulistischen Lega Nord geforderten Schließung aller Grenzen folgte dagegen eine klare Absage aus dem Innenministerium, das ansonsten am Aufbau eines Systems der Entrechtung, Entwürdigung und Abschottung – wie zum Beispiel im Lager auf Lampedu-

sa – arbeitet. Um die Migrationsregulierung im Sinne marktwirtschaftlicher Interessen auszubauen, lassen die italienischen Behörden Flüchtlinge auch im Mittelmeer ertrinken. Der ausschlaggebende Grund für die Nichtübereinstimmung mit den FaschistInnen wird vom Innenministerium dann auch ganz offen ausgesprochen. So würden die rumänischen MigrantInnen – wie in anderen europäischen Ländern auch – eben im privaten Pflegeservice, in der Landwirtschaft und im Baugewerbe gebraucht.

In der Tat ist Italien seit Anfang der 1990er und spätestens seit dem Beitritt Rumäniens zur EU im Januar 2007 wichtigstes Zielland für legalisierte und illegalisierte rumänische ArbeitsmigrantInnen geworden. Seit diesem Jahr ist es relativ leicht ein dreimonatiges Visum zu bekommen, viele bleiben danach einfach illegalisiert in Italien. Außerdem haben die Grenzkontrollen schon massiv abgenommen. Hinzu kommt, dass es für RumänInnen in Italien relativ leicht ist, nicht aufzufallen. So sind die beiden Sprachen ähnlich, viele haben schon gute Kontakte in Italien und nicht zuletzt entsprechen viele RumänInnen dem stereotypen Erscheinungsbild ‚des' Italieners. Der Fahrplan der EU-Osterweiterung sieht vor, dass Rumänien und Bulgarien dem Schengener Abkommen eventuell schon 2009 – je nach Abschottungsbestrebungen der neuen EU-Außengrenze – beitreten sollen, was endgültig die Visapflicht aufheben würde, allerdings gleichzeitig den unzähligen ArbeitsmigrantInnen aus östlicheren Staaten, wie der Ukraine das Leben zur Hölle machen wird. Dass also in solch einer Situation die Forderung nach Massenabschiebungen innerhalb der EU laut wird, ist schon bemerkenswert. In Rumänien gibt es inzwischen ernsthafte Probleme durch die massenhafte Abwanderung der Bevölkerung. Unzählige Kinder müssen ihre kleineren Geschwister großziehen oder bleiben ganz allein zu Hause, weil die Eltern in Italien arbeiten. Die Rücküberweisungen an die Angehörigen zu Hause sind heute ein entscheidender Faktor für unzählige rumänische Familien. Die Bevölkerung schrumpft massiv und die Untenehmen haben ernsthafte Probleme genug ArbeiterInnen zu finden, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Die rumänische Regierung hat schon Anwerbungsverträge abgeschlossen, die den ‚GastarbeiterInnen'verträgen Deutschlands der 60er ähneln. So wird beispielsweise ein Großteil der Textilproduktion heute von chinesischen Arbeiterinnen bestritten.

Doch zurück nach Italien: Die RumänInnen, die

nach Italien streben, sind also, wie auch das Innenministerium ganz offen eingesteht, dafür da, den italienischen Niedriglohnsektor – der zur Zeit in ganz Europa in einem unglaublichen Tempo ausgebaut wird – mit Arbeitskräften aufzufüllen. Laut einer Studie von Caritas leben allein in Rom inzwischen etwa 32 000 rumänische MigrantInnen, laut unseriösen Schätzungen sind inzwischen ein halbe Million in ganz Italien ansässig. Sie bilden damit die größte Gruppe unter den ausländischen StadtbewohnerInnen Roms. Dies wird nun von vielen Soziologen als Erklärung herangezogen, warum sich der Hass gegen RumänInnen entfacht. Dabei ist zu bemerken, dass im italienischen Diskurs oft die antirumänische Hetze kaum vom – in der italienischen Tradition fest verankerten – Antiziganismus (‚Zigeuner'-Feindlichkeit) zu unterscheiden ist. So beschimpften beispielsweise die faschistischen Fußballfans von Lazio Rom einen rumänischen Spieler vom AC Florenz bei einem Spiel Anfang November bei jedem Ballkontakt als ‚Zigeuner'. Dieser distanzierte sich davon indem er darauf hinwies, dass er doch einer der vielen „ehrlich arbeitenden Rumänen" und auf gar keinen Fall ein Rom sei (s. u.). Der Hass der italienischen, rassistischen Mehrheit richtet sich jedoch nicht nur gegen alle Roma oder Osteuro-

*„Die RumänInnen, die nach Italien streben, sind also, wie auch das Innenministerium ganz offen eingesteht, dafür da, den italienischen Niedriglohnsektor – der zur Zeit in ganz Europa in einem unglaublichen Tempo ausgebaut wird – mit Arbeitskräften aufzufüllen."*

*„Diese Barackenviertel sind in den letzten Jahren aus dem Boden geschossen. Sie machen die Heftigkeit des (globalen) Klassenantagonismus für die italienische Mehrheitsgesellschaft sicht- und spürbarer."*

päerInnen. Vieles spricht dafür, dass das Feindbild die migrantische Armut im Allgemeinen ist, die in den letzten Jahren sichtbarer wurde. Deutlich wird dies beispielsweise im Streit um die VerkäuferInnen und die lavavetri, die ScheibenputzerInnen, die beide auf italienischen Straßenkreuzungen in den letzten Jahren immer präsenter geworden sind. So hat beispielsweise die Stadtverwaltung von Florenz bereits im Sommer angekündigt, diese beiden Gruppen kriminalisieren zu wollen. Den Betroffenen wurden Geldbußen und Gefängnisstrafen angedroht. Auch dass sich die neofaschistischen Pogrome und Übergriffe fast ausschließlich auf arme osteuropäische Männer und die Elendsviertel richtet, in denen sie vor den Toren der reichen italienischen Städte leben, ist kein Zufall. Zwar kam auch derjenige, der den tödlichen Überfall Ende Oktober begangen hat, aus einem solchen Viertel, dies scheint jedoch eher ein willkommener Anlass gewesen zu sein loszuschlagen.

Ebenfalls laut der Studie von Caritas leben in Rom etwa 6 500 Roma, die allerdings bei Weitem nicht nur aus Rumänien stammen, auf verschiedenen von der Stadt genehmigten und entsprechend ausgestatteten Plätzen. Mindestens die gleiche Anzahl soll dagegen auf unbefestigtem Gelände oder in den berüchtigten Barackensiedlungen kampieren. Diese Barackenviertel sind in den letzten Jahren aus dem Boden geschossen. Sie machen die Heftigkeit des (globalen) Klassenantagonismus für die italienische Mehrheitsgesellschaft sicht- und spürbarer. Dass die Roma also besonders von der neofaschistischen Gewalt betroffen sind, ist – vor allem in Anbetracht der langen antiziganistischen Tradition – nahe liegend. Und genau diese Tradition ist es, die der derzeitigen Hetze noch eine andere Qualität verleiht. Oder anders gesagt: Es ist nicht nur die migrantische Armut im Allgemeinen, es sind auch die rassistischen Diskurse, die sich besondere Gruppen heraussuchen, die dann stigmatisiert, ausgegrenzt und angegriffen werden. Dass der Antiziganismus nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa und eigentlich in der ganzen Welt verbreitet und präsent ist, ist allerdings kein Zufall. Genau wie der Antisemitismus seine Rolle innerhalb der barbarischen bürgerlichen Ideologie spielt, nimmt hier der Antiziganismus seine Funktion als Projektionsfläche der gesellschaftlichen Widersprüche ein. Der Vergleich zum Antisemitismus dient hier nur der Veranschaulichung davon, dass beide Rassismen tief mit den kapitalistischen Widersprüchen verknüpft sind; trotz einiger Parallelen sollen sie hier nicht gleichgesetzt werden. Im Gegensatz zum Antisemitismus wurzelt der Antiziganismus allerdings eher im Kriminalitätsdiskurs. Dem landfahrenden Volk wurde unterstellt per se kriminell zu sein und sich nicht assimilieren zu wollen, also die geregelten bürgerlichen Verhältnisse von Sesshaftigkeit und ‚ehrlicher Arbeit' abzulehnen und statt dessen ‚auf unsere Kosten' dem Müßiggang zu fröhnen und Raub zu betreiben. Durch die Lebensweise der Landfahrer sah das bürgerliche Selbstverständnis seinen eigenen Triebverzicht, der in der Arbeit repräsentiert war, in Frage gestellt. Hinzu kam die kulturellen Differenzen, die in der Lebensweise der Roma oder Sinti ihren Ausdruck hatte. Stellte die Präsenz der Roma und Sinti in der Projektion der RassistInnen also den Anstand, die Sitte, die Moral und den Arbeitsbegriff in Frage, war es beim Antisemitismus nicht die bürgerliche Lebensweise, die hier im Fokus der Stereotypen lag. Im Fall des Antisemitismus waren es tendenziell eher das kleinbürgerliche Ressentiment gegen ‚den Großkapitalisten', das aktiviert wurde. ‚Der Jude' wurde als ökonomisch potenter Unterwanderer angeklagt. Selbst dort, wo er in Massen als Armutsproletariat aus Osteuropa in Gettos zu finden war, behauptete das Ressentiment noch, dass Juden innerhalb kürzester Zeit vom Lumpensammler zum Textilmongul werden. Natürlich nur durch die ihnen eigenen Eigenschaften von ‚Verschlagenheit' und ‚krimineller Rücksichtslosigkeit'. In Deutschland scheint der Antiziganismus heutzutage zumindest in den Metropolen weniger präsent zu sein, dass liegt jedoch wahrscheinlich eher daran, dass in Deutschland das ‚ziganistische Problem' durch Massenabschiebungen nach Serbien und/oder ‚freiwilliger Rückkehr' in den Kosovo in den letzten Jahren ‚gelöst' wurde. Was jedoch nicht bedeutet, dass der Rassismus – indem er sein Objekt einfach abschiebt – latent nicht weiter vorhanden wäre. Die Stereotype sind unverzüglich wieder reaktiviert. Der rassistische Diskurs ist auch wesentlich zur Beantwortung der Frage, warum es denn fast alle Roma in die Elendsviertel verschlägt. Roma sind – auch global gesehen – extrem von Armut und gleichzeitigem gesellschaftlichen Ausschluss betroffen.

# Rumänien – Von Antonescu und Draculas Erben

Die Roma sind der rassistischen Gewalt aber eben nicht nur in Italien ausgesetzt. Die rumänische Antwort auf die Geschehnisse in Rom ließ nicht auf sich warten und stärkt den antiziganistischen Konsens der rumänischen Gesellschaft. So versicherte der rumänische Staatspräsident Traian Basescu zwar „allen Rumänen, die ehrlich in Italien arbeiten", seine Solidarität. Der entscheidende Ausdruck hierbei ist jedoch der, der „ehrlichen Arbeit". Er soll nicht nur das Ansehen der rumänischen ArbeitsmigrantInnen wieder etwas aufpeppeln. Vor allen Dingen soll er eine Differenzierung deutlich machen. So wird immer wieder von allen offiziellen und inoffiziellen Stellen betont: Romulus Mailat ist kein Rumäne, denn er ist Rom. Der einzige, der hier widerspricht ist der so genannte „König der Zigeuner" Florin Cioaba, der ebenfalls der rassistischen Logik folgte, indem er immer wieder anmerkt, dass Mailat keine Rom, sondern nur ein „Mischling" sei. Ansonsten ist mensch sich aber in Rumänien darüber einige, dass hier wieder zu sehen sei, dass die Roma den Ruf der RumänInnen in der Welt schädigten. So verkündete der Außenminister während seiner Ägyptenreise: „Diese Menschen müssten zu schwerster Arbeit gezwungen werden." Dafür schlug er vor, sollte ein Stück Wüste zwecks Internierung erworben werden. Auch wenn er diesen Vorschlag auf Geheiß des Ministerpräsidenten wieder zurücknahm hat er damit doch der rumänischen Mehrheit aus der Seele gesprochen. So heißt es in Kommentaren in den mainstreamigen Medien, wie zum Beispiel der Tageszeitung Adevarul (dt.: Die Wahrheit), dass „die Roma am Besten auf einen möglichst weit entfernten Planeten abgeschoben" werden sollten. Seit Anfang der 90er Jahre gibt es den Diskurs der nationalen Rufschädigung durch die rrom (Wortneuschöpfung für rumänische Roma bzw. manchmal auch für Roma im Allgemeinen benutzt) im Ausland. In dieser Debatte sticht besonders der Aspekt hervor, dass viele RumänInnen hier darauf bestehen, dass die ‚ursprüngliche' Bezeichnung der ‚Zigeuner' wieder verwendet wird, denn durch das Nationenkürzel im Pass – ROM für RumänInnen – müsse es den Ausländern ja schwer fallen bei RumänInnen nicht an ‚Zigeuner' zu denken. Die rumänische Mehrheitsbevölkerung sieht hier die rassische Differenz in Gefahr. Dementsprechend solle also wieder konsequent von ‚Zigeunern' die Rede sein, um die Unterscheidung von den „echten" und „ehrlich arbeitenden" RumänInnen jederzeit präsent zu machen. Die Verwendung des Begriffs „Zigeuner" ist natürlich extrem abwertend, auf Rumänisch wird er als Schimpfwort benutzt. „Rom" hingegen bedeutet auf Romanes (Sprache der Roma) übrigens schlicht und ergreifend Mensch.

Interessant ist auch, dass im Subtext der rumänischen Medien klar und deutlich in den Kommentaren ein positiver Bezug auf die effektive Sicherheitspolitik der westeuropäischen Länder hergestellt wird. Die Zeitung Adevarul verkündete beispielsweise, dass auch Frankreich seit dem Verbrechen schon 775 Roma abgeschoben habe. Auch die Schweiz sei ein Vorbild mit ihren Regelungen bezüglich des Bettelns und den vermehrten Kontrollen von Obdachlosen. Nicht gern gesehen wird allerdings, dass die Roma dann meist wieder nach Rumänien abgeschoben werden.

Wenn das Thema nicht so bitter wäre, so könnte mensch sich fast ein bisschen über den Zwist zwischen den italienischen und rumänischen FaschistInnen freuen, der die Auflösung der ersten rechtsextremen Fraktion im Europarat zur Folge hatte. Die Gründung der europäischen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität" (IST) war erst durch den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 möglich geworden. Doch der Nationalstolz der Abgeordneten der „Großrumänischen Partei" (PRM) verkraftete die antirumänische Hetze ihrer italienischen Kameraden nicht. So hatte beispielsweise die italienische Forza Nuova eine Demonstration in Rom organisiert, deren Forderung war, dass alle rumänischen MigrantInnen innerhalb von 10 Tagen das Land verlassen sollten. Die rumänische Noua Dreapta antwortete mit der Kampagne „Romulus Mailat ist kein Rumäne". Um das Bild ihrer Nation zu retten, war das Ganze sogar auf Italienisch. Sie machen den Unterschied zwischen Roma und RumänInnen anhand von zwei Fotos fest. Auf dem einen sieht mensch eine auf der Straße sitzende Roma-Familie, auf dem anderen eine blonde ‚echte' rumänische Familie. Als dann noch die italienischen ITS-Abgeordneten Alessandra Mussolini, die Enkelin des früheren faschistischen Diktators, erklärte: „Rauben ist für Rumänen zu einem Lebensstil geworden", traten die fünf Abgeordneten der „Großrumänischen Partei" aus der IST aus. Die verbliebenen 18

*„Die rumänische Mehrheitsbevölkerung sieht hier die rassische Differenz in Gefahr. Dementsprechend solle also wieder konsequent von ‚Zigeunern' die Rede sein, um die Unterscheidung von den „echten" und „ehrlich arbeitenden" RumänInnen jederzeit präsent zu machen."*

*„Und die Anderen sind in Rumänien zu einem wesentlichen Teil die Roma. Im Herzen der nationalen Identität steckt also die Differenz gegenüber den Roma."*

ITS-Abgeordneten verfehlen die nötige Anzahl von 20 Abgeordneten zur Bildung einer Fraktion.

Seit der ‚Revolution' von 1989 und der Hinrichtung Ceausescus haben sich wieder neue nationale Mythen und Bezugspunkte in Rumänien gebildet, andere blieben gleich. So findet seit 1990 wieder ein starker positiver Bezug auf Antonescu statt. Straßen werden nach ihm benannt, Statuen in der Stadt aufgebaut, im Parlament gab es Gedenkminuten und Feierstunden, etc. Antonescu war ein Faschist, der von 1940 bis 1944 rumänischer Staatschef war und in Rumänien vor allem dafür geehrt wird, dass er dafür gesorgt hat, dass Rumänien nicht im Spiel der Großmächte zerstört wurde. Dass er sich jedoch mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbündete und unabhängig ein rumänisches Vernichtungssystem aufbaute, wird nur von einer Minderheit kritisiert. Antonescu und seine Regierung errichteten Konzentrationslager in der Region Transnistrien, in denen über 120 000 Juden und über 30 000 Roma ermordet wurden. Sogar Goebbels schrieb in sein Tagebuch: „Und was die Judenfrage anlangt, so kann man heute jedenfalls feststellen, daß z.B. ein Mann wie Antonescu in dieser Angelegenheit noch viel radikaler vorgeht, als wir es bisher getan haben. Aber ich werde nicht ruhen und nicht rasten, bis auch wir dem Judentum gegenüber die letzten Konsequenzen gezogen haben." Außerdem organisierte er große Umsiedlungs- und Ansiedlungsmaßnahmen für Roma in entlegene Gebiete, in denen eine unbestimmte Zahl Roma verhungerten.

Ein weiterer wichtiger Bezugspunkt der nationalen Mythenbildung ist Vlad Ţepeş, der Pfähler, auf den sich allerdings auch in der Zeit des Realsozialismus bezogen wurde. Von der historischen Figur Vlad hatte sich im Übrigen Bram Stoker inspirieren lassen, als er die kulturindustrielle Figur des Draculas schuf. Vlad ist in Rumänien aber eher dafür bekannt, dass er einer der patriotischen Helden der rumänischen Geschichte war. Er hatte im 15. Jahrhundert die ‚Türken' aus der Walachei (eine zentrale rumänische Region) vertrieben und an wichtigen Straßen „aufgepfählt" und wieder für „Ordnung" im Land gesorgt. Diese „Ordnung" wird symbolisiert durch seine harte Hand. Dieben wurden die Hände abgeschlagen, Hinrichtungen waren alltäglich. „Verrückte" und „Geisteskranke" wurden systematisch umgebracht. Die Legende besagt, dass es in dieser Zeit möglich war, an jedem Brunnen einen goldenen Kelch zu finden, um ihn Trinken zu benutzen. Dank Vlad wagte niemand sie zu stehlen. Vor diesem Hintergrund ist die alltäglich benutzte Floskel von „wir brauchen mal wieder einen Vlad!" nicht einfach so abzutun und trägt handfeste Implikationen mit sich.

Die Wahl unter anderem dieser nationalistischen Kultfiguren der Geschichte dient der Untermauerung des nationalistischen Konsenses in Rumänien. Im Zentrum der nationalen Identität steht – wie so oft – etwas Negatives, der Konstruktion eines wir durch die (aggressive) Abgrenzung von den Anderen. Und die Anderen sind in Rumänien zu einem wesentlichen Teil die Roma. Im Herzen der nationalen Identität steckt also die Differenz gegenüber den Roma. So werden allen rumänischen Kindern in der Familie Mythen beigebracht, die den antiziganistischen Mythen in Deutschland, die noch vor einigen Jahrzehnten präsenter waren als heute, sehr ähnlich sind. JedeR TouristIn wird zum Beispiel zuallererst darauf hingewiesen, dass mensch ‚Zigeuner' und RumänInnen nicht verwechseln dürfe und mensch sich vor den erstgenannten in Acht nehmen solle. So lernen zum Beispiel alle rumänischen Kinder, dass

die ‚Zigeuner' Kinder stehlen, klauen, etc. oder, dass rumänische Hunde riechen können, wenn ihnen auf der Straße ein Rom entgegen kommt. Alle Kinder lernen auch folgende Passage des rumänischen Nationaldichters Eminescu auswendig: „Wann kommst Du endlich, Ţepeş, oh Herr, damit Du sie dir holst, wie einst, und sie teilst in zwei Horden: in Irre und heimtückische Verräter, in zwei große Verliese sollst Du sie mit Zwang versammeln, und sie wie einst in Brand setzen, das Gefängnis und das Irrenhaus! " Ob Eminescu hier auf die ‚Zigeuner' anspielt ist unwahrscheinlich, gleichwohl werden diese Inhalte heute im Alltag dementsprechend interpretiert.

In Rumänien lebt die größte Romapopulation Europas, die insgesamt etwa 15 Millionen betragen soll. Wie viele Roma jedoch genau in Rumänien leben ist unklar. In einer Statistik in der Broschüre „Die Roma – eine transnationale europäische Bevölkerung" werden über zwei Millionen in Rumänien lebende Roma verzeichnet. Bei einer Gesamtbevölkerung von 21 Millionen RumänInnen wären das etwa 10%, die durch strukturellen Rassismus von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Offiziell gibt es seit den EU-Beitrittsverhandlungen spezielle Förderprogramme für Roma und es findet eine Antidiskriminierungskontrolle der Medien statt. Doch ändert das nichts an dem strukturellen Ausschluss. Nach wie vor arbeiten Roma, wenn sie überhaupt einen Job haben, hauptsächlich als Straßenfeger, Schrotteinsammler, kurz: Sie füllen den Niedriglohnsektor in Rumänien und erledigen die arbeiten, für die sich die meisten RumänInnen nicht die Hände schmutzig machen wollen. Viele Betteln auch, was wiederum den rumänischen Mythos auf den Plan ruft, der besagt, dass die Roma sich selbst oder ihre eigenen Kinder verstümmeln, um mehr Mitleid zu erzeugen. Dementsprechend schreibt sich die Trennung bis in den sozialen Alltag hinein. Dass beispielsweise einE RumänIn eineN RomNi heiraten könnte, ist absolut unvorstellbar. Forschungen und kritische Auseinandersetzungen zum Thema der Romafeindlichkeit in Rumänien gibt es leider kaum. Dass erschwert eine kritische Analyse. Die Gründe dafür sind, (1) dass die Roma – wie jede Subalterne – kaum eine Lobby haben und dass (2) in Rumänien die Linke extrem schwach ist. Die Linke in Rumänien, die das Thema Romafeindlichkeit übrigens nicht zu ihren zentralen Themen zählt, besteht nur aus einer handvoll AktivistInnen. Um Hintergrundinformationen zu erhalten, bleiben also abseits des herrschenden Diskurses nur subjektive Erfahrungen und die Aussagen einiger europäischer NGO´s. Auf eine linke Strömung in Rumänien, die dem nationalistischen Konsens etwas entgegenzusetzen hat, hofft

*operaistorix, oldenburg*

*„Doch ändert das nichts an dem strukturellen Ausschluss. Nach wie vor arbeiten Roma, wenn sie überhaupt einen Job haben, hauptsächlich als Straßenfeger, Schrotteinsammler, kurz: Sie füllen den Niedriglohnsektor in Rumänien und erledigen die arbeiten, für die sich die meisten RumänInnen nicht die Hände schmutzig machen wollen."*

Zum Aktionstag in Bremen

# Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern!

**Am 1. Dezember fand der Bundesweite Aktionstag gegen in Italien verurteilte Kriegsverbrecher statt. Er hatte das Motto „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern". In insgesamt 11 deutschen Städten und einem Ort in Österreich zogen AntifaschistInnen vor die Wohnungen der noch lebenden ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen, die an den Massakern gegen die Zivilbevölkerung von Mazabotto, Sant Anna di Stazzema und Civitella beteiligt waren. Mit dem Aktionstag will die Kampagne auf die in der BRD schleppenden Ermittlungen gegen die in Italien verurteilten Täter aufmerksam machen. Ebenso geht es darum, das gesellschaftliche Schweigen zu den Verbrechen in Italien aufzubrechen.**

**In Bremen zogen ca. 100 AntifaschistInnen vor das Haus von Max Josef Milde und hielten dort ein Kundgebung ab und verteilten Flugblätter. Diese Aktion hat auch in der Lokalen Presse eine Resonanz gehabt, es erschienen Artikel im Weserkurier in der Taz und auch Buten und Binnen brachte einen Fernsehbericht. Insbesondere im Weserkurier wurde die Aktion kritisiert und Max Josef Milde als ein zu unrecht Verurteilter dargestellt. Mildes Rechtsanwältin Kopp tratt dort mit Behauptungen auf, die den Eindruck erwecken sollen Milde wäre ein Opfer des „italienischen Verurteilungswillens" geworden.**

**Um diesen Behauptungen entgegenzuarbeiten ist die 2. Pressemitteilung des Arbeitskreises „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern" entstanden, die nun im folgenden dokumentiert werden soll.**

**Inzwischen hat das Berufungsgericht in Rom am 18. Dezember 2007 das Urteil gegen Milde in der zweiten Instanz bestätigt.**

## 2. Pressemitteilung des Arbeitskreises „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern"

Am 1. Dezember 2007 hat der Arbeitskreis im Rahmen des bundesweiten Aktionstages „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern" zusammen mit 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten vor dem Haus des in Italien wegen Kriegsverbrechen verurteilten ehemaligen Wehrmachtssoldaten Max Josef Milde eine Kundgebung abgehalten. Diese Aktion hat in den Medien eine breites Echo ausgelöst. Dabei wurden sowohl von der Anwältin Mildes, Barbara Kopp, als auch von dem bei Buten un Binnen interviewten Historiker Stefan Klemp Behauptungen aufgestellt, die wir nicht unwidersprochen stehen lassen wollen.

Mit unserer Aktion wollten wir auf die Verbrechen und Massaker aufmerksam machen, die von Wehrmachts-, SS- und Polizeieinheiten im 2. Weltkrieg an der Zivilbevölkerung in Italien verübt wurden. Diese sind auch nach über 60 Jahren weder juristisch noch gesellschaftlich ausreichend aufgearbeitet worden, obwohl viele beteiligte Täter noch am Leben sind und Auskunft geben könnten. Für die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer dieser Massaker ist dieses Schweigen und Nicht-Verhalten ein schwer zu ertragender Zustand. Dieses Schweigen zu durchbrechen und die Verbrechen öffentlich zu machen ist uns gelungen.

Max Josef Milde wurde wegen der Beteiligung an dem Massaker von Civitella verurteilt. Wie auch immer seine konkreten Taten in Civitella ausgesehen haben mögen – er war bei einer Einheit, die nachweislich mehrere Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen hat. Er wusste (das ist durch Zeugenaussagen im Prozess belegt) von den Massakern, er kennt den konkreten Tatablauf. Er hätte sich öffentlich äußern und zur Aufklärung der historischen Fakten beitragen müssen. Das wäre seine Verpflichtung gegenüber den Opfern, den Überlebenden und deren Angehörigen gewesen, denn diese Menschen haben viele Fragen und wollen wissen, was passiert ist und wer für die Morde verantwortlich ist. Aber über 60 Jahre äußerte er sich nicht und verhinderte so eine Aufarbeitung der Verbrechen.

#### Konkretes zu den Tatvorwürfen gegen Milde

Es ist bewiesen, dass Milde Angehöriger der Fallschirm-Panzer-Division Hermann Göring war. Er war dort Unteroffizier der Feldgendarmerie. Das Massaker von Civitella wurde von dieser Division geplant und begangen. Die Feldgendarmerie wurde dabei vor allem in der Ortschaft Cornia und Umgebung eingesetzt, wo unter den Ermordeten viele Frauen und Kinder waren.

Wie aus der Urteilsbegründung zu ersehen ist, geht das Gericht davon aus, dass Milde an dem Planungstreffen der Offiziere und Unteroffiziere (zu denen er ja auch gehörte) am 28. Juni 1944 (also einen Tag vor dem Massaker von Civitella) bei dem das Massaker konkret geplant wurde, teilgenommen hat. Ehemalige Soldaten aus seiner Einheit haben ausgesagt, dass sie schon am 28. wussten, dass es hier um eine Aktion gegen Zivilisten ging. Die Division hatte in der vorausgehenden Zeit an mehreren derartigen Massakern teilgenommen. Ein einfacher Soldat der Einheit, ebenfalls zu den Musikern gehörend, wollte an dieser Aktion nicht teilnehmen, um deren Charakter er wusste und hat sich deshalb freiwillig zur Bewachung der Transport-LKWs gemeldet, zu der er dann auch eingeteilt wurde. Es gab also Handlungsalternativen.

Nach Aussagen eines ehemaligen Feldgendarmen und Musikers der gleichen Division, hat er Milde in einer Gruppe von Soldaten gesehen, die einen brennenden Heuschober umstellt hatten.

Von anderen Soldaten habe er dann erfahren, dass die Menschen, darunter Frauen und Kinder, die sich in diesem Heuschober aufgehalten hatten, erschossen wurden, wenn sie versuchten, den Flammen zu entfliehen.

Das von seine Anwältin vorgebrachte Argument, dass Max Josef Milde doch „nur Musiker" war ist zwar ganz hilfreich, um den Eindruck eines bemitleidenswerten, alten Mannes zu erwecken, der auf keinen Fall an irgendwelchen Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sein kann – allerdings ist es kein Indiz für seine Unschuld.

Denn

1. wurde das betreffende Musikkorps 1943/44 aufgelöst und den allgemeinen Kampfverbänden zugeordnet;
2. war Milde zum betreffenden Zeitpunkt Militärpolizist:
3. haben in anderen Verfahren Angehörige des Musikkorps gestanden, aktiv an Massakern beteiligt gewesen zu sein.

Der Historiker Carlo Gentile, seit 1997 Gutachter und Sachverständiger bei zahlreichen Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen der Militär-Staatsanwaltschaften Turin, Neapel und La Spezia, ferner der Zentralstelle im Land NRW für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund, bestätigt die aktive Teilnahme der Mitglieder des ehemaligen Musikkorps an den Massakern gegen die Zivilbevölkerung.

Das Hauptargument von RAin Kopp dafür, dass es sich bei Milde um das Opfer eines Justizirrtums handelt, ist die Aussage einer Frau, die laut Kopp Partisanin gewesen sein soll und die Milde zum Zeitpunkt des Massakers am 29. Juni 1944 auf einen Gutshof bewacht haben soll.

Nach unseren Recherchen kann es sich dabei nur um die Aussage von Frau Carletti handeln, die im Prozess als Zeugin aufgetreten ist. Frau Carletti gehörte dem zivilen Widerstand an. In der Tat gibt Frau Carletti an, dass sie und ihre Mutter durch das mutige Handeln von drei deutschen Musikern gerettet wurden und dass diese drei auch dazu beigetragen haben, die Bedingungen für einige auf dem Gutshof von der Wehrmacht gefangen gehaltenen Menschen zu erleichtern. Sie nennt auch die Namen dieser Musiker. Mildes Name fällt in diesem Zusammenhang jedoch nicht. Das Gericht hält ausdrücklich fest, dass Milde sich nicht an den großzügigen Initiativen der drei anderen Soldaten beteiligt hat.

In ihrer Aussage berichtet sie von einer einzigen Begegnung mit Milde, die allerdings erst zwei Tage nach dem Massaker von Civitella stattgefunden hat.

Dazu sagt Frau Carletti laut der italienischen Zeitung Il Giornale folgendes aus: Frau Carletti hat auch einen der zwei Angeklagten, die noch am Leben sind, wiedererkannt, Max Milde: „Er ist nach den anderen angekommen. (...)Der Milde sagte zu mir: ‚Mach dir keine Sorgen, morgen befreien wir euch alle, außer den Hausbesitzer und seine Kinder.' Er wusste nicht, wer ich war. Also schrie ich: ‚Aber ich bin die Tochter des Besitzers!' (…) Kurze Zeit später saß er auf den Treppenstufen, hielt den Kopf zwischen den Händen, brach in Tränen aus und sagte: ‚Der Krieg muss an der Front geführt werden, er darf nicht mit der Zivilbevölkerung zu tun haben, das ist verkehrt.'
Ich habe mich immer gefragt, ob er am Massaker von Civitella beteiligt gewesen ist, das zwei Tage vorher stattgefunden hatte. Mit Sicherheit wusste er davon, deshalb hat er so geantwortet. Und ich, die ich nichts von dem Massaker wusste, habe das zu dem Zeitpunkt nicht verstanden."

Diese Aussage entlastet Max Josef Milde nicht. Im Gegenteil, das italienische Gericht wertete sie als belastend, da sie bestätigt, dass Milde von dem Massaker gewusst hat. Das Wissen um das Schicksal der Besitzerfamilie deutete das Gericht darüber hinaus als Nähe zwischen Milde und den Befehlshabern.

Zum vielzitierten Adress-Zettel: Ebenso wie die drei Soldaten, die Frau Carletti geholfen haben, gab auch Milde ihr einen Zettel mit seiner Adresse. Während aber die drei Retter ihre Anschriften an Frau Carletti gaben, damit diese im Falle einer Deportation Anlaufstellen haben würde, gab Milde als Grund für seine Adressenübergabe in einer Vernehmung durch deutsche Ermittlungsbehörden an, dass er gehofft habe, Frau Carletti irgendwann mal wieder sehen zu können. Er hat hingegen nichts unternommen, um diese Tötung zu verhindern. Da diese Episode nichts mit dem Massaker, das vorher stattgefunden hatte, zu tun hat, wertet das Gericht sie als irrelevant für die Frage der Tatbe-

Obersturmführer Renninger (links) auf einem Volksfest in der Gegend von Pinerolo. Nach dem Abzug der deutschen Truppen nahmen Partisanen das Bild an sich.

teiligung an dem Massaker. Die Übergabe dieses Zettels ist kein Beweis für Mildes Unschuld. Er kann seine Adresse aus ganz unterschiedlichen Motiven weitergegeben haben. Der Zettel allein sagt nichts über seine konkrete Tatbeteiligung aus.

**Zu dem Prozess in La Spezia**

Nach unserer Einschätzung hat dieser Prozess weder „rechtsstaatliche Grundsätze verletzt" (RAin Kopp laut taz) noch war er „eine ausgemachte Schweinerei" (RAin Kopp laut Weserkurier). Ganz im Gegenteil sind die Fakten folgende:

Der Prozess wegen der Massaker in Civitella hat ein Jahr gedauert. Es sind Historiker als Gutachter gehört worden, die Jahre lang das Verbrechen und die Beteiligung der Wehrmacht untersucht haben und es haben Menschen ausgesagt, die u.a. mit Milde, teilweise mehrmals, gesprochen haben. Das 113-seitige Urteil setzt sich auf über 30 Seiten dezidiert mit Milde und seiner Rolle beim Massaker von Civitella auseinander.

Zudem ist es, wie oft verkürzt dargestellt, nicht richtig, dass in Italien ein individueller Schuldnachweis nicht nötig ist und es deswegen eine Verurteilung hier in der BRD nicht möglich wäre. Der Tatbeitrag bei einer gemeinschaftlichen Mordtat – und nicht nur die konkrete Tatausführung – kann durchaus strafrechtlich relevant sein, auch in der Bundesrepublik.

Auf der anderen Seite ist auch nicht so, dass den italienischen Gerichten nur die einfache Zugehörigkeit zu einer Einheit ausreichen würde, um ehemalige Wehrmachtssoldaten zu lebenslanger Haft zu verurteilen. Sie müssen in die Befehlsstruktur zur Vorbereitung und Durchführung der Morde eingebunden gewesen sein.

Die oft geäußerte Kritik an der italienischen Justiz in den letzten Tagen legt fast nahe, dass NS-Täter nur von bundesdeutschen Gerichten fachgerecht verurteilt werden können. Das würde weiter heißen, dass die bundesdeutsche Rechtspraxis seit 1949, nur sehr wenige NS-Täter vor Gericht zu ziehen und noch weniger zu verurteilen, der einzige angemessene Weg eines Umgangs mit den NS-Verbrechen darstellt.

Milde ist gewiss nicht der Hauptverantwortliche für das Massaker von Civitella. Das haben wir auch nie behauptet. Aber er ist in Italien wegen Kriegsverbrechen verurteilt.

Die nach unserer Aktion begonnene öffentliche Thematisierung seines Falls mag eine hohe persönliche Belastung für ihn sein, aber sie ist notwendig.

Eine unserer Forderungen an Milde bleibt weiterhin: Er muss sich öffentlich äußern. Max Josef Milde war vor Ort, er hat an den Vorbereitungen teilgenommen, er war Mitglied der für das Massaker verantwortlichen Einheiten. Es ist seine Verpflichtung – nicht zuletzt den Opfern, den Überlebenden und den Angehörigen gegenüber – zur historischen Aufarbeitung beizutragen.

Alles weitere muss juristisch geklärt werden, wie wir es auch immer gefordert haben.

Und vor allem muss es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die NS-Verbrechen geben, ein Ende des Schweigens über die Taten und die Täter.

*Arbeitskreis „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern"*

*Bremen, 12. Dezember 2007*

Bei Rückfrage:
keine-ruhe@gmx.de

Reihe

# Antifaschistische Perspektiven des Erinnerns

Jan./Feb. 2008

veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Initiative e.V., die Rosa-Luxemburg Stiftung in Bremen

## Intro

Wie nahezu alles, ist auch das Erinnern im gesellschaftlichen Kontext keine neutrale oder gar objektive Handlung, sondern geprägt von der eigenen Biographie, den Interessen, Werten, Gefühlen, Standpunkten, Motiven.
Wer erinnert wann, wo, an was und warum?
Insofern begreifen wir Erinnerung als einen politischen Akt – insbesondere das Erinnern an den deutschen Nationalsozialismus.

Erinnerungspolitik wird in absehbarer Zeit vollständig ohne Überlebende gestaltet werden müssen. Wir halten es für wichtig, sich von dieser unausweichlichen und traurigen Tatsache nicht lähmen zu lassen, sondern zentrale Fragen anzugehen:
Wie können zukünftige Gedenkpraxen an Erinnerungsorten aussehen?
Welche Formen der Vermittlung der Shoa und der Geschichte des Nationalsozialismus halten wir für sinnvoll?
Welche Aspekte gilt es zu transportieren?
Welche Rolle spielt heute das Sprechen der zweiten Generation?

Auf der Suche nach antifaschistischen Perspektiven des Erinnerns verstehen wir „Perspektiven" im doppelten Sinne: Zunächst als den Blickwinkel, von dem aus von heute auf das Geschehene geblickt wird. Damit sagen Gedenkende immer auch etwas über ihren eigenen Standpunkt aus. In einem weiteren Sinne verstehen wir Perspektiven als Ausblicke auf die Gestaltung zukünftigen Zurückblickens.

Mit unserer Veranstaltungsreihe wollen wir über erinnerungspolitische Debatten und Orte informieren, sie zur Diskussion stellen und vielleicht auch gemeinsam sehen, ob und wie wir in bestehende Erinnerungsdebatten konstruktiv eingreifen und an Gedenkorten mitwirken können.

**Erinnerung und Geschichtspolitik - diskursgeschichtliche Verschiebungen, Entsorgungen und Ausblicke**
Vortrag mit Claudia Krieg

Die öffentlich-staatlichen Direktiven zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in den letzten Jahren vielfach kritisch betrachtet wurden. Ihnen wird dabei zumeist ein verschleiernder und reaktionärer Charakter bescheinigt, der sich besonders durch „Verdrängen", „Vergessen" oder „Verleugnen" auszeichne. Aber den bundesdeutschen Erinnerungsdiskurs auf die Rechtfertigung nationaler Identität und eine Viktimisierung von Täter_innen zu beschränken, greift zu kurz. Welche politische Legitimationsfunktion Erinnerung erfüllt und ob und wie sich aktuell, gerade zwischen dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus 2005 und dem 20. Jahrestag der Auflösung des Ostblocks im Jahr 2009 eine weitere Epoche in der sozialen und politischen Verwendung des Begriffs der Erinnerung ausmachen lässt, sind zwei der Fragenkomplexe, die in dieser Veranstaltung kurz skizziert werden.

*Claudia Krieg ist Soziologin und lebt in Leipzig.*

**Mo, 21. Januar 2008, 19.30 Uhr**
paradox, Bernhardstr. 12, Bremen

**Kriegsgefangenenlager Sandbostel – die Transformation eines verdrängten Ortes**
Vortrag mit Andreas Ehresmann

Von 1939 bis 1945 bestand nahe dem niedersächsischen Dorf Sandbostel (60 km nördlich von Bremen) ein Kriegsgefangenenlager.
1 Mio. Kriegsgefangene und Internierte durchliefen das Lager. Ab Mitte April 1945 wurden auch 10.000 Häftlinge aus dem KZ Neuengamme dort untergebracht. Zwischen 8.000 und 50.000 Menschen starben insgesamt in Sandbostel.
Nach der Befreiung wurde das ehemalige Lager als britisches Internierungslager, dann als Gefängnis, als Lager für DDR-Flüchtlinge, später als Bundeswehrdepot und seit 1974 als Gewerbegebiet genutzt.
An das Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglager mochte am historischen Ort niemand denken.
Das Gedenken wurde delegiert auf eine nahe „Kriegsgräberstätte", wo die Toten des Stalag X B Sandbostel (Stalag X B = Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager B im Wehrkreis *römisch zehn*) bestattet sind.
Erst ab Anfang der 80er Jahre forderten lokale Initiativen eine Gedenkstätte. Nach fast 25 Jahren Bemühen führte schließlich 2004 eine stark emotionalisierte öffentliche Kontroverse zur Gründung der Stiftung Lager Sandbostel.
In dem Vortrag werden die Geschichte des Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers, die Nachnutzung und die gegenwärtige Situation dargestellt.

*Andreas Ehresmann ist Projektkoordinator der Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel.*

**Mo, 4. Februar 2008, 19.30 Uhr**
paradox, Bernhardstr. 12, HB

**Fahrt zur Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel**
mit Informationen vor Ort von Andreas Ehresmann

Wir organisieren Kleinbusse.
Teilnehmer_innenzahl: 20
**Treffpunkt: So, 10. Februar 2008, 12.00 Uhr,**
PLUS-Parkplatz, Admiralstrasse (Findorff)
Anmeldung auf der Veranstaltung am 4.2. oder unter:
k.herold@rosa-luxemburg.com

**„Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen..." (Oskar Helmer in der 132. Ministerratssitzung am 9.11.1948)**
**Österreich und der Umgang mit seiner NS-Vergangenheit**
Vortrag mit Sandra Wachtel

Lange Jahre blieben die Themen Vergangenheit und Nationalsozialismus in Österreich nahezu tabu. Es herrschte ein einstimmiger Konsens, dass über das „Dritte Reich" nicht diskutiert, und über die Verbrechen dieses Regimes nicht gesprochen werden sollte - hatte man doch als Österreicher damit nichts zu tun. Der Nationalsozialismus wurde „externalisiert" (ausgelagert) und war somit nicht Teil der österreichischen Geschichte. Schließlich waren die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen ausgeübt worden und nicht von Österreichern. Erst die „Waldheim–Debatte" in den 80er Jahren hat der Legende von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus ein Ende bereitet. Das Land ohne NS-Geschichte wurde von seiner Geschichte eingeholt. Es wurde heftig diskutiert – abwehrend, aber auch intensiver und politisch folgenreicher als zuvor.
Wie kam es zu der These des „ersten Opfers" und was waren die Auswirkungen? Was waren die Diskussionen rund um die Wahl von Dr. Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten? Und wie steht der Staat Österreich und seine Gesellschaft heute zu seiner NS-Vergangenheit?

*Sandra Wachtel ist Historikerin aus Wien und lebt derzeit in Hamburg.*

**Fr 15. Februar 2008, 20.00 Uhr**
**paradox, Bernhardstr. 12, HB**

## Januar 2008

| | | | |
|---|---|---|---|
| Fr. | 04.01. | 22:00 | Reggae Yard: Dancehall, Ska, Reggae |
| Sa. | 05.01. | 22:00 | Lesbischwule Ü30-Party |
| Fr. | 11.01. | 21:00 | Konzert: Stop Cox + Apocalypstix + Wardance |
| Do. | 17.01. | 22:00 | Party der Fachschaften Physik und Interkulturelle Pädagogik |
| Fr. | 18.01. | 23:00 | Teonanacatl (Psy Trance) |
| Sa. | 19.01. | 22:00 | Männerfabrik |
| Mi. | 23.01. | 19:00 | VA zu den politischen Gefangenen in der Türkei/Kurdistan |
| Do. | 24.01. | 22:00 | Konzert: Kiemsa (Brass-Core aus Frankreich) |
| Sa. | 26.01. | 22:00 | Rosa Disco |
| Di. | 29.01. | 21:00 | Subklub: Pop-Feminismus |

## Februar 2008

| | | | |
|---|---|---|---|
| Fr. | 01.02. | 22:00 | Reggae Yard: Mash up di place – Feel di vibes of reggae, dancehall and socamusic |
| Sa. | 02.02. | 22:00 | Homophilias – Party für Lesben und Schwule |
| Fr. | 08.02. | 21:00 | Konzert: Boombaker |
| Sa. | 09.02. | 22:00 | 90er-Jahre-Disco-Party |
| Fr. | 15.02. | 23:00 | Elektroparty |
| Sa. | 16.02. | 22:00 | Männerfabrik |
| Sa. | 23.02. | 22:00 | Rosa Disco |
| Fr. | 29.02. | 21:00 | Punkinvasion II: Systemfehler + 3 weitere Bands |

## Wöchentlich

| | | |
|---|---|---|
| Mo. | 19:00 | Archiv |
| Mo. | 19:00 | Antiraplenum Oldenburg/Blankenburg (nur in ungeraden Wochen) |
| Mo. | 19:30 | Crush Hour Concerts |
| Mo. | 20:30 | Antifa - Cafe |
| Di. | 20:00 | Subklub |
| Do. | 17:00 | Infoladen |
| Do. | 20:00 | Vokü, danach Kneipe |
| Do. | 21:00 | Oldenburger Rechtshilfe |

## Monatlich

| | | |
|---|---|---|
| 1. Mi. | 20:00 | Frauenlesben Kneipe |
| 2. Mo. | 20:00 | Politische Werkstatt |
| 2. Fr. | 20:30 | Alhambra-NutzerInnenplenum |